Freitag, 28. Dezember 1923. Einzelnummer 30000 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 293.



Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis*) monatl. M.:
bei der Geschäftsst. 2 000 000
bei den Ausgabest. 2 020 000
durch Zeitungsb. 2 040 000
durch Post inkl. Geb. 2 047 500
ins Ausland 2 500 000 p. M.
in deutscher Währg. nach Kurs

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Fernspr. 2273, 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens 40 000 M.
Reklameteil 100 000 M.
*) Sonderplatz 50% mehr

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 40 000 M., *) Reklameteil 100 000 M. in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Vor den Wahlen in Frankreich.

Großes Aufsehen in der Welt erregte kürzlich die Erklärung des amerikanischen Senators Owen, der äußerte, daß seiner Meinung nach im Jahre 1914 Paris und Petersburg mehr zum Ausbruch des Krieges beigetragen hätten als Berlin. Es sei Zeit, die Aufmerksamkeit auf die Art und Weise zu lenken, in der vor dem Kriege die Völker künstlich einander entfremdet und zum gegenseitigen Haß erzogen wurden. Das geht vor allem auf die französische Revanchehetze, die eine hauptsächliche Ursache des Krieges war. In Amerika gewinnt eine kritische Stimmung gegen Frankreich immer mehr Boden. Man weist darauf hin, daß Marianne zwar den Staaten der Kleinen Entente große Summen zu Rüstungen borgt, von ihren Schulden an die Vereinigten Staaten aber nicht einmal die Zinsen zahlen will.

Eine besondere Bloßstellung des französischen Chauvinismus bedeutet der Prozeß gegen die Anarchistin Germaine Berton. Dieses junge Mädchen hatte den Sekretär der Redaktion des Royalistenblattes „Action Française" in seinem Büro erschossen. Eigentlich wollte sie den Führer der Royalisten und Direktor des genannten Hetzblattes, Leon Daudet, treffen, der sie jedoch vorsichtshalber nicht empfing. Bei den Verhandlungen wurden zwei journalistische Vertreter des extremsten Chauvinismus an den Pranger gestellt. Außer Daudet noch Charles Maurras, ein körperlich wie auch gegenüber der Stimme der Vernunft tauber Hetzer, dessen blutrünstige Artikel, die Schafott und Dolch für alle Gegner verlangten und nach einem neuen Georg Sand und einem Orsini schrien, verlesen wurden. Der ganze moralische Abgrund wurde entschleiert, in dem diese gewissenlosen Hetzer und Vergifter sitzen und in den sie das ganze französische Volk hineinziehen möchten.

Leon Daudet sollte sich durch den Tod seines 14jährigen Sohnes warnen lassen, der unlängst nach mehrtägiger Abwesenheit vom Hause seines Vaters Selbstmord verübte. Aller Wahrscheinlichkeit nach stießen den jungen Menschen der Fanatismus und die finsteren rückständigen Bestrebungen seines Erzeugers ab, er entfloh aus dem väterlichen Hause und begab sich ins Lager seiner größten Gegner, der Anarchisten. Von diesen zu einer Gewalttat aufgefordert, die die Echtheit seiner Gesinnungsänderung beweisen sollte, zerbrach der bedauernswerte Jüngling an dem furchtbaren inneren Zwiespalt, in den diese Forderung ihn stürzte, und er zog es vor, sich selbst zu entleiben.

Ein dritter Hetzschriftsteller, wohl der begabteste von ihnen, ist vor einigen Tagen gestorben und in Paris prunkvoll beerdigt worden. Es war Maurice Barres, einer der Hauptträger des Revanchegedankens, der Verfasser der Lügenschrift „Le Génie du Rhin", in der er die Einwohner des Rheinlandes für keltischer Abstammung und also schlankweg auch gleich für Franzosen erklärt. Diese pseudowissenschaftliche Schrift hat bei den Landsleuten Tartarins großen Anklang gefunden. Die gekauften Französlinge, die die gar nicht existierende „Rheinische Republik" zu regieren vorgeben, fanden sich auch bereit, einen Kranz für ihren Apostel und Propheten zu senden mit der Aufschrift: Gewidmet von der „Rheinischen Republik".

Der „größte" aller Franzosen, der „große Lothringer" Poincaré, der ehemalige Patentanwalt und Syndikus der Kanonenindustrie, steht auf dem Gipfel seiner Erfolge. Die Ruhr ist in seinen Händen, der Widerstand restlos erledigt, der Separatismus am Rhein macht reißende Fortschritte, Deutschland ist machtlos, die „Sicherheit" Frankreichs durch die eigene Machtstellung und unterwürfige Bundesgenossen garantiert. Und doch — die „Action Française" verrät es uns: Herr Poincaré bekennt sich in vertraulichen Unterredungen zu einer gewissen Unlust und Ermüdung" und die „Journée Industrielle" wirft ihm vor, daß er die Rolle Hannibals nach der Schlacht bei Cannä spiele. Er verstehe zu siegen, aber wisse seinen Sieg nicht auszunützen. Ob diese Vorwürfe, objektiv betrachtet, berechtigt sind, wollen wir nicht entscheiden. Jedenfalls sind sie von symptomatischer Bedeutung.

Im April 1924 finden die Neuwahlen zur französischen Deputiertenkammer statt und bei dieser Gelegenheit steht die vierjährige Politik des nationalen Blocks zur Erörterung. Im Zeichen der nahenden Wahlperiode bemächtigt sich der Kammer eine wachsende Unruhe und Nervosität. Es gibt ständig Überraschungen, so besonders neulich bei der Beratung der Wahlreform, wo es sich um die vollkommene Durchführung des 1919 noch nicht völlig zum Durchbruch gelangten Proportionalwahlsystems handelte. Die Opposition war um einige Stimmen stärker und die Regierung mußte all ihre Änderungen fallen sehen. Poincaré, der im Namen der Regierung persönlich den Kampf führte, stand als Oppositionsführer Aristide Briand gegenüber, sein Vorgänger, den er Anfang 1922 gelegentlich der Verhandlungen in Cannes vom Sessel des Ministerpräsidenten verdrängte. Diesmal gelang es Briand, den nationalen Block zu sprengen und Poincaré zum Rückzug zu zwingen.

Ist Briand der kommende Mann? Wird Frankreich im Gefolge Englands den „Ruck nach links" durchmachen, wie es 1919 ebenfalls in den Spuren Großbritanniens nach rechts schwenkte?

Poincaré hat bei seiner jetzt zum vollen Erfolg gelangten Ruhrpolitik der Unterstützung seiner Bundesgenossen, abgesehen von Belgien, ermangelt, ja er hat sogar die stärksten Verstimmungen bei England, Italien und Amerika hervorgerufen. Der Umschwung infolge des unerwarteten Ausfalls der englischen Wahlen erschwert seine Situation bedeutend. Eine Verständigung mit England ist jetzt in erster Linie das Gebot der Stunde. Sollte hier nicht Briand der geeignetere Mann sein? Briand, der sich vor 2 Jahren so trefflich mit Lloyd George verstand er, der typische Vertreter dieser Verständigung?

Die in Frankreich herrschende Teuerung, die Schwierigkeiten der Beamtenschaft, die infolge der Ebbe in den Staatskassen nicht angemessene Teuerungszulagen erhalten konnte, die Verstimmung endlich in weiten Kreisen Europas gegen Frankreich wegen dessen Militarismus und Imperialismus und wegen der Rücksichtslosigkeit gegen kleine Staaten wie die Schweiz: all das sind Momente, die für die Linke ins Gewicht fallen. Der sogenannte „Ruhm", mit dem sich Degoutte und die anderen französischen Generale im Ruhrgebiet bedeckten, das errungene Uebergewicht der französischen Schwerindustrie über jede andere, die Ausdehnung des französischen Machtbereichs, die Demütigung Deutschlands, die erfolgreiche Wühlarbeit im Rheinlande, die treue Vasallenschaft der kleinen Entente, das wachsende Negermaterial in Nordafrika, Befürchtungen vor einer Einkreisung infolge der italienisch-spanischen Verständigung, die englischen Luftrüstungen: dies sind nicht minder schwerwiegende Momente, die für die Weiterführung der Rechtspolitik, für den Vormarsch des triumphierenden Chauvinismus bis zu den äußersten Grenzen sprechen. Vermutlich wird Poincaré gegenüber einer pazifistisch gesinnten englischen Arbeiterregierung mit noch größerer Brutalität auftreten als bisher. Der Hinweis auf die Möglichkeit eines Krieges in seiner letzten Rede war zweifellos auf Macdonalds Friedensliebe berechnet.

Frankreich steht in den kommenden Monaten am Scheidewege. Nach links führt der Weg zum Frieden Europas, zur Verständigung der Völker, zum Wohlstand des Landes selbst. Nach rechts geht es in uferlosen Imperialismus, in die Bahnen Napoleons I. Wohin wird Frankreich Europa führen?

Neue deutsche Schritte in Paris und Brüssel.

Paris, 26. Dezember. (Pat.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris, v. Hoesch, hat Poincaré eine Note überreicht, die die wirtschaftlich-administrativen Fragen im besetzten Gebiet betrifft. Poincaré wird seine Antwort nach Verständigung mit der belgischen Regierung formulieren.

Brüssel, 26. Dezember. (Pat.) Der deutsche Geschäftsträger überreichte Jaspar eine Denkschrift die die Antwort auf die letzte Note enthält. Jaspar erklärte, daß er die Note im Einvernehmen mit der französischen Regierung prüfen werde.

London 26. Dezember. (Pat.) Der deutsche Gesandte teilte der Regierung Großbritanniens mit, daß die deutsche Regierung in Paris und Brüssel neue Schritte unternommen habe.

Inhalt der deutschen Denkschrift.

Paris, 26. Dezember. (Pat.) Die deutsche Denkschrift, die Poincaré überreicht wurde, äußert die deutsche Anschauung über die Wirtschaftsprobleme, ohne die Entschädigungsfrage in ihrer Gesamtheit einer Diskussion zu unterwerfen. Die deutsche Regierung wünscht Beseitigung der Zollschranke und Aufhebung der in den besetzten Gebieten erhobenen Abgaben. Sie wünscht an der Konstituierung einer Rheinisch-Westfälischen Bank mitzuarbeiten und verlangt, daß die ausgewiesenen Funktionäre wieder eingestellt werden. Die deutschen Eisenbahner und Transportarbeiter sollen zurückkehren. Der Ministerrat in Paris und in Brüssel werden sich mit der Frage beschäftigen, ob die deutschen Vorschläge wirklich von dem Wunsche diktiert sind, das Wirtschaftsleben wieder aufzubauen und die Entschädigungen zu zahlen. (Diese Verdächtigung ist für den Mangel an gutem Willen auf seiten der französischen Regierung charakteristisch. D. Schriftl.)

Neue deutsche Vertretungen in Paris und Brüssel.

Die Ernennung des deutschen Botschafters in Paris soll gleichzeitig mit der Wiederbesetzung des Brüsseler Gesandtenpostens erfolgen. Ueber die Person des Pariser Botschafters besteht volles Einvernehmen, dagegen sind die Verhandlungen mit Brüssel noch in der Schwebe. Deshalb ist nicht damit zu rechnen, daß die Bekanntgabe der Besetzung beider Posten vor Anfang Januar zu erwarten ist.

(Über die innere Lage in Frankreich siehe Seite 3.)

Konferenz der Kleinen Entente am 12. Januar in Belgrad.

Dem „Petit Parisien" wird aus Belgrad gemeldet, die Konferenz der Kleinen Entente, die voraussichtlich am 12. Januar in Belgrad stattfinden werde, werde sich im wesentlichen mit der Frage der ungarischen Anleihe und der etwaigen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland befassen. Was die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland anbelangt, so habe nach der Tschechoslowakei nun auch Polen die rechtliche Anerkennung der Sowjetregierung vollzogen. Rumänien habe vor einiger Zeit unmittelbare Verhandlungen mit Rußland eingeleitet. Jetzt komme nur noch Südslawien in Betracht, das gleichfalls geneigt sei, diesen Weg zu beschreiten. Die Belgrader Konferenz werde unter diesen Umständen den drei osteuropäischen Verbündeten Frankreichs Gelegenheit geben, in dieser Frage einen gemeinsamen Standpunkt einzunehmen. Man dürfe auch annehmen, daß die Konferenz Anlaß zu einem Meinungsaustausch über die Frage der deutschen Reparationen und über die Lage, wie sie durch die englischen Wahlen in Osteuropa geschaffen worden sei, geben werde.

Verbesserte Aussichten für den Anschluß Polens.

Die Prager „Tribuna" meldet, daß auf der nächsten Tagung der Kleinen Entente auf Wunsch Rumäniens die Angelegenheit des Beitritts Polens zur Kleinen Entente besprochen werden soll. Diese Frage hält Rumänien für äußerst wichtig und schlägt als Diskussionsgrundlage folgende Punkte vor: 1. Ausarbeitung eines Programms gemeinsamer Verteidigung. 2. Festlegung eines gemeinsamen Programms in wirtschaftlichen Fragen. 3. Lösung der Transitfrage bei genauer Beobachtung der Souveränität der einzelnen Staaten. 4. Gemeinsame Teilnahme an allen Konferenzen, auf denen Fragen zur Erörterung kommen, die die Staaten der Kleinen Entente gegenseitig interessieren. Die „Tribuna" versichert, daß die Angelegenheit des eventuellen Beitritts Polens zur Kleinen Entente eine der wichtigsten Fragen der nächsten Beratungen der Kleinen Entente bilden werde, und daß die jetzt von Polen gestellten Bedingungen bezüglich der Teilhaberschaft in der Kleinen Entente gemäßigter seien als zuvor, so daß sich die Aussichten für den Anschluß Polens an die Kleine Entente bedeutend verbessert hätten.

Beunruhigung wegen der politischen Abhängigkeit Polens.

Wie in Londoner diplomatischen Kreisen verlautet, wird die Tagung der Kleinen Entente sich über die Aufnahme Polens in die Kleine Entente endgültig schlüssig werden. Man ist in den Kreisen der Kleinen Entente darüber lebhaft beunruhigt, daß Amerika, England und Italien Polen in zunehmender Weise finanzieren und es dadurch in eine politische Abhängigkeit bringen. Man weist in diesem Zusammenhange darauf hin, daß die Warschauer Regierung einem amerikanischen Syndikat die Ausbeutung mehrerer großer Wälder im Distrikt Grodno überlassen habe, ferner einem italienisch-englischen Syndikat unter Führung der Fiatwerke die Ausbeutung der polnischen Petroleumfelder überlassen wird. Dieses Syndikat arbeitet, wie „Daily Telegraph" mitteilt, mit 300 000 Pfund italienischem und 300 000 Pfund englischem Kapital und wird von einer kleinen Londoner Bankengruppe ein Betriebskapital von 1,2 Millionen erhalten.

*

Der „Matin" über die Verhandlungen mit Deutschland.

Im „Matin" werden die Aussichten der Verhandlungen mit Deutschland besprochen. „Was die Ruhr betrifft," so heißt es, „so ist es in der Tat opportun, daß Frankreich im Einverständnis mit Belgien von jetzt ab die ökonomische Verwaltung studiert, die auf die kürzlich geschlossenen provisorischen Verträge folgen soll. Frankreich ist im Prinzip nicht dagegen, daß Beamte, die mit der Verwaltung des Landes beauftragt sind, wieder ins Land kommen, es ist nicht abgeneigt, mit dem Reich zusammen die Währungsreform zu studieren. Für die Gesamtheit dieser Fragen erscheint das von Herrn v. Hoesch vorgeschlagene Komitee nicht unentbehrlich. Es liegt keine Notwendigkeit vor, einen Organismus über die schon vorhandenen zu setzen und so die Vollmachten zu beschränken, die, sei es General Degoutte, sei es die Interalliierte Rheinlandkommission in den Händen haben." Poincaré sagte Herrn von Hoesch, daß er mehr für direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen sei . . . „Um keine unnütze Polemik zu unternehmen, werden wir beiseite lassen, was die Berliner Zeitungen sagen und namentlich das „Berliner Tageblatt", das behauptet, daß der deutsche Schritt darauf ausgehe, Deutschland wieder auf den Fuß der Gleichheit mit den anderen Mächten zu setzen. Die Situation Frankreichs ist sehr stark; es wird keins der Resultate gefährden lassen, die es mit Mühe erreicht hat; wenn es in der Haltung Deutschlands eine Neigung zu Manövern und zur Nichtverständigung bemerken würde, würde ihm der Abbruch erlaubt sein; aber wenn es einen ernsten Willen zur Wiederherstellung eines wirklichen Friedens feststellen kann, so wird es sich nicht mit Kleinigkeiten aufhalten und wird ehrlich an einer Einigung arbeiten."

(Der Ton des französischen Blattes, das vor dem Kriege und während desselben zu den ärgsten Hetzblättern gehörte, ist jetzt maßvoll und höflich. Wie vereinbart sich aber damit das Auftreten des französischen Kriegsministers Maginot, der behauptet, Deutschland bleibe weiter der Feind, und Poincarés selbst, der am Sonntag von neuem schwere Vorwürfe und Anklagen gegen Deutschland richtete und selbst auf die Möglichkeit eines Krieges anspielte. Besonderes Bedenken weckt die Verwahrung, daß General Degouttes Vollmachten irgendwie eingeschränkt werden könnten. Der Geist des französischen Militarismus spricht aus diesem Bestreben, die Ruhrbevölkerung auch noch nach der Einstellung des passiven Widerstandes unter Reitpeitsche und Bajonett der französischen Soldateska zu stellen. D. Schriftl.)

Ein amerikanischer Franzosenfreund Gegner der Ruhrpolitik.

Neuyork, 24. Dezember. (T.-U.) Der frühere Beobachter Amerikas in der Reparationskommission, Boyden, verurteilte gestern in einer längeren Ansprache, die er auf einem Bankett der New England Society gehalten hat, die Besetzung des Ruhrgebiets und kritisierte die französische Reparationspolitik. Trotz der großen Sympathie für die Reparationszahlungen und die französisch-belgische „Sicherheit" und weiterhin trotz meiner persönlichen Bewunderung des französischen Volkes, führte er aus, war ich nie der Ansicht, daß die Ruhrbesetzung für die Reparationen oder für die „Sicherungen" notwendig war. Aber von dem Erfolg oder Mißerfolg abgesehen, bedauere ich die Besetzung, weil sie einen Bruch des „Ver-

trages" nicht nur vom technischen Standpunkt, sondern auch einen Bruch des Geistes des „Vertrages" darstellt. Boyden erklärte an einer anderen Stelle seiner Rede, er hoffe, daß Amerika Frankreich nie drängen werde, seine Verpflichtungen Washington gegenüber zu erfüllen.

Ein militärischer Hetzartikel.

Paris, 24. Dezember. (T.-U.) Das „Echo de Paris", das als Organ des französischen Generalstabes gilt, veröffentlicht einen mit drei Kreuzen gezeichneten Artikel, der, wie man annimmt, der Feder des Generals de Castelnau entstammt. In dem Artikel werden die Ergebnisse der bisherigen Tätigkeit der Mission Nollet aufgezählt und andererseits auf die Notwendigkeit verwiesen, die Kontrolltätigkeit so bald als möglich wieder aufzunehmen. Das Deutsche Reich habe in Erwartung der Ruhrbesetzung bereits 1921 Maßregeln ergriffen, um den vorübergehenden Verlust seines Industriezentrums auszugleichen. (Liegt in solchen selbstverständlichen Schutzmaßnahmen irgend etwas für Frankreich Bedrohliches? D. Schriftltg.) Es sei möglich, daß eine teilweise Mobilmachung außerhalb des Ruhrbeckens, zumal in Sachsen, in Deutschland vorbereitet sei. (In Wirklichkeit wäre dies in dem kommunistischen Sachsen geradezu ein Ding der Unmöglichkeit. D. Schriftltg.) In dieser Meinung werde man durch die rätselhafte Abwanderung zahlreicher Arbeiter (!) aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet sowie das einwandfrei festgestellte Auftauchen weittragender Kanonen bestärkt. (Der Artikel scheint in Fieberphantasien geschrieben. D. Schriftltg.) Solange Frankreich das reichste Gebiet Deutschlands besetzt halte, werde das Reich nichts unternehmen. An dem Tage aber, an dem es sich imstande fühle, die französischen Truppen durch einen raschen Überfall (!) ohne große Verwüstungen für das Rhein- und Ruhrgebiet hinwegzufegen, werde es sich nicht lange bedenken. (Dieser Satz ist geradezu unsinnig. In einem Atem wird gesagt, daß Deutschland nichts unternehmen werde, so lange das Ruhrgebiet besetzt bleibt, und wieder behauptet, daß Deutschland doch, wenn es sich stark fühle, gegen die noch im Ruhrgebiet befindlichen Franzosen einen Überfall plane. Ein derartig konfuses Denken ist unbedingt nicht ernst zu nehmen. D. Schriftltg.) Die sofortige Wiederaufnahme der interalliierten Kontrolltätigkeit sei daher ein Ding absoluter Notwendigkeit.

Keine Einschränkung der Luftrüstungen.

Paris, 24. Dezember. (W. T. B.) Nach einer Havasmeldung aus Washington ist am 19. Dezember der englische Unterstaatssekretär für die Luftfahrt, der Herzog von Southerland, zum Studium der Fortschritte der amerikanischen Luftfahrt dort angekommen. Er hatte mit Präsident Coolidge über die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Einschränkung der Lufrüstungen verhandelt und dem Präsidenten erklärt, er teile im allgemeinen die Ansichten der amerikanischen Sachverständigen, die den gegenwärtigen Zeitpunkt für eine solche Konferenz für nicht günstig hielten. Angesichts der allgemeinen Lage in Europa hat er, wie Havas hinzufügt, geäußert, er glaube nicht, daß Frankreich geneigt sein würde, sich mit einer Einschränkung seiner Luftverteidigung einverstanden zu erklären.

Republik Polen.

Pilsudski beim Staatspräsidenten.

Am 22. d. M. empfing der Staatspräsident den Marschall Pilsudski und hatte mit ihm eine längere Konferenz, betr. die Heeresverhältnisse.

Wer wird Außenminister?

Ministerpräsident Grabski hat zwar den Gesandten in Paris, Grafen Zamoyski, der das ihm von Grabski zugedachte Außenministerium abgelehnt hat, zu weiterer Besprechung darüber telegraphisch nach Warschau berufen, aber in politischen Kreisen ist man überzeugt, daß Graf Zamoyski bei seiner Ablehnung beharren werde. Wie der „Dz. Pozn." hört, wird unter den Kandidaten für diesen Posten oft der Name des Generalkommissars Plucinski in Danzig genannt. Außerdem werden die Namen Skirmunts und eines A. Wieniarski genannt.

Zamoyski nimmt sich Zeit.

Warschau, 26. Dezember. (Pat). Entgegen den Meldungen einiger Blätter ist Maurycy Zamoyski bis jetzt noch nicht aus Paris eingetroffen. Seine Ankunft wird am Freitag erwartet.

Revision der von Korfanty abgeschlossenen Vermögenssteuerabkommen.

Wie wir erfahren, hat der Ministerpräsident Grabski angeordnet, daß die von dem ehemaligen Vizepremier Korfanty mit den Vertretern von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft abgeschlossenen Abkommen, betr. Leistung von Anzahlungen auf die Vermögenssteuer, einer Revision unterzogen werden sollen. Falls Premier Grabski diese Abkommen nicht akzeptieren sollte, werden die betreffenden Wirtschaftsgruppen verpflichtet sein, die von Amts wegen festgesetzten Anzahlungen bereits in diesem Monat zu leisten.

Tribut an Frankreich.

Zu den Beratungen des Finanzausschusses des Senats über die Bedingungen für die Hergabe der Anleihe an Polen teilen Pariser Blätter mit, daß als Sicherung für die Anleihe eine Gruppe französischer Kapitalisten eine Konzession zur Ausbeutung der Wälder von Bialystok und anderer größerer Waldgebiete erhalten habe. Ferner muß Polen die Verpflichtung übernehmen, von Litauen die Einwilligung zur freien Abflößung des Holzes auf dem Njemen durch Litauen und memelländisches Gebiet zu erlangen. Bis diese letzte Verpflichtung erfüllt ist, gilt die Anleihe als nicht abgeschlossen. Von der Gesamtsumme werden 390 Millionen Frank in Form von Lieferungen der französischen Rüstungsindustrie zur Verfügung gestellt, **40 Millionen Frank werden als Vermittlungsgebühr (!) an sechs französische Politiker und an eine bekannte polnische Persönlichkeit gezahlt.**

Erhöhung aller Paßgebühren um das Zehnfache?

Wie der „Robotnik" mitteilt, hat das Innenministerium die Wojewoden beauftragt, sämtliche Paßgebühren unverzüglich um das Zehnfache zu erhöhen. Ob diese Nachricht den Tatsachen entspricht, bleibt abzuwarten.

Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Strolch- und Bettlerunwesens.

Das Arbeits- und Sozialfürsorgeministerium hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, betreffend Bekämpfung des Strolch- und Bettlerunwesens. Das Projekt stützt sich auf das Rahmengesetz vom 16. August 1923, das die Grenzen der Sozialfürsorge gibt und in dem auch das Strolch- und Bettlerunwesen vorgesehen ist. Ein solches Gesetz ist, wie jeder Landbewohner weiß, nicht nur für die menschenarmen Ostgebiete, sondern für alle übrigen Teile Polens sehr nötig.

Wl. Tetmajer †.

Krakau, 26. Dezember. (A. W.) Am Mittwoch früh starb hier an Herzschlag der hervorragende Maler Włodzimierz Tetmajer. Der Verstorbene stand im 63. Lebensjahre. Tetmajer trat im Jahre 1911 als Abgeordneter des Krakauer Gebiets ins österreichische Parlament ein und bekleidete sein Mandat als Mitglied der P. S. L. Piast, bis Polen seine Unabhängigkeit wiedererlangte. In den letzten Jahren seines Lebens zog er sich vom politischen Leben zurück und widmete sich ganz der Kunst. In letzter Zeit arbeitete Tetmajer eifrig an der Vollendung eines großen Kompositionswerkes unter dem Titel „Die polnischen Termophylen". Die Beerdigung Tetmajers findet am Sonnabend statt.

Baltenstaaten.

Verhaftung des ehemaligen litauischen Außenministers Purycki.

Der ehemalige litauische Gesandte in Berlin und spätere Außenminister Purycki ist, wie aus amtlicher Quelle verlautet, verhaftet worden. Purycki wird beschuldigt, seine Amtsstellung zu Spekulationszwecken mißbraucht zu haben.

Der Schutz der lettländischen Küste.

Im lettländischen Landtag wurde in nichtöffentlicher Sitzung ein Regierungsentwurf über den Küstenschutz im Rigaischen Meerbusen verhandelt, dessen Einzelberatung mit 41 gegen 35 Stimmen beschlossen wurde. Der Entwurf wurde alsdann der Budgetkommission überwiesen. Dagegen stimmten in erster Linie die linken Sozialdemokraten. Über den Entwurf bemerkt die „Rigaische Rundschau": „Es braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden, daß es sich bei diesem Projekt nicht um ein irgendwie aktives Flottenprogramm handelt, wohl aber sollen die nötigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden, damit im Falle eines Konfliktes unsere nun einmal an der See gelegene Hauptstadt von einem schnellen Gegner nicht im Laufe weniger Stunden vom Meer aus außer Aktion gesetzt werden kann. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, im Notfalle den unserer Zentrale vorgelagerten Meerbusen gegen feindliche Angriffe zu sperren."

Sowjetrußland.

Aufstände in Turkestan.

Nach Meldungen aus Taschkent sind die Aufstände in Buchara und Ferghana, die im Sommer als vollkommen niedergeschlagen bezeichnet wurden, erneut zum Ausbruch gekommen. Lebensmittelmangel spielt dabei eine große Rolle. Nicht nur die mohammedanischen, sondern auch die russischen Bauern sollen auf der Seite der Aufständischen stehen. Die Eisenbahn ist in der Nähe von Koland unterbrochen. Russische Rotgardisten sind von Taschkent und Samarkand gegen die Aufständischen in Marsch gesetzt worden.

Arbeitslosigkeit in Sibirien.

Wie dem Wirtschaftsinstitut für Rußland und die Oststaaten in Königsberg i. Pr. aus Omsk gemeldet wird, nimmt in Sibirien die Arbeitslosigkeit zu. Im November waren arbeitslos: in Omsk 13 000, in Nowo-Nikolajewsk 4000, in Barnaul 3000, in Tomsk 5000, in Krasnojarsk 3000, in Irkutsk 7000, insgesamt 35 000 Personen. Besonders schwierig ist die Lage der Arbeitslosen in Omsk, wo starker Wohnungsmangel herrscht und die wichtigsten Gebrauchsgegenstände besonders teuer sind.

Verhaftungen von Kommunisten.

Auf Befehl des Zentralvollzugsausschusses der russisch-kommunistischen Partei wurden 70 Kommunisten der Oppositionsgruppe verhaftet. Die Verhaftung hat eine große Bewegung unter sämtlichen Parteien hervorgerufen.

Verhandlungen Italiens mit den Sowjets.

Rom, 26. Dezember (A. W.) Nach Meldungen hiesiger Blätter machen die Verhandlungen zwischen Italien und den Sowjets über den Abschluß eines Handelsvertrages rasche Fortschritte. In Rom ist eine russische Sondermission unter der Führung Gordjakows eingetroffen. Italien soll eine Konzession für die Ausbeutung von Naphthafeldern im Kaukasus erhalten, während es auf der anderen Seite Arbeiter, Sachverständige und Kapitalien stellen soll. Nach den letzten Meldungen haben die Sowjets den Vertrag mit einer Gruppe italienischer Kapitalisten bezüglich der Ausbeutung von Naphthafeldern akzeptiert und ratifiziert. Es handelt sich hier um ein Gebiet, das sich über 18000 Desjatinen im Bezirk Signow in Kaukasien erstreckt. Es ist zu betonen, daß sich die italienische Ausbeutungszone in der Nähe der Bahn Baku—Tiflis—Batum befindet, was Italien einen schnellen Transport von Rohöl aus den Produktionsstätten nach italienischen Fabriken ermöglicht.

Ernennung eines italienischen Vertreters für Moskau?

Wien, 26. Dezember. (A. W.) Nach einer Meldung der „N. Fr. Presse" aus diplomatischen Kreisen soll die italienische Regierung eine Entscheidung getroffen haben über die Ernennung eines italienischen Vertreters bei der Moskauer Regierung. Auf diesen Posten soll der jetzige Postminister Cesaro berufen werden.

Kommunistische Bewegung in Spanien und Portugal.

Madrid, 26. Dezember. (Pat.) Die Nachricht von der Entdeckung einer Verschwörung, die am 28. Dezember eine Revolutionsbewegung in Spanien und Portugal in Szene setzen wollte, wird bestätigt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen in kommunistischen Kreisen Madrids, Sevillas, St. Sebastians und Bilbaos vorgenommen. Die beschlagnahmten Dokumente erwiesen das Bestehen von zahlreichen kommunistischen Organisationen, die unter dem Deckmantel angeblicher Sportvereine tätig waren.

Die mexikanischen Aufständischen räumten Puebla.

Paris, 24. Dezember. (W. T. B.) **Nach einer Havasmeldung aus Veracruz teilt das Hauptquartier der Aufständischen mit, daß Puebla aus taktischen Gründen wieder geräumt worden ist. In einer weiteren Havasmeldung aus Mexiko heißt es, die Bundestruppen haben sich nach heftigem Kampf Pueblas am 21. Dezember bemächtigt; der aufständische General Castro, der die Verteidigung leitete, ist verwundet worden.**

Paris, 26. Dezember. (Pat.) Der „Temps" meldet aus Mexiko, daß die aus Puebla hinausgedrängten mexikanischen Revolutionstruppen sich dazu anschicken, die Stadt den Bundestruppen wieder abzunehmen.

Immer neue Erdbeben in Südamerika.

Paris, 26. Dezember. (A. W.) „Havas" meldet von einem heftigen Erdbeben in Südamerika. Diesmal wurden die westlichen Kordilleren heimgesucht. Das Erdbeben zerstörte 3 Gemeinden. Es fehlt auch nicht an Menschenopfern in der Gegend von Bogota.

Die verhexte Stadt.

Eine heitere Spitzbubengeschichte von Karl Ettlinger.

(28. Fortsetzung.)

„Ist er fort?" fragte er an der Tür und zwinkerte ihr lustig zu. — Dorchen nickte. „Wir sind ganz allein. Komm nur!" — „Und mein Freund Ajax?" — „Den hat der Herr Ingenieur mitgenommen."

Als sie auf dem Vorplatz standen, hielt Eduard es für angebracht, ihr einen Kuß zu geben. In erster Linie, um als gewissenhafter Mensch dort fortzufahren, wo er gestern abend stehen geblieben war, dann aber auch, weil er kein grundsätzlicher Gegner von so etwas war. Und heute sträubte sich Dorchen gar nicht. Vertrauend legte sie ihre Arme um ihn und ließ sich kräftig und zeitraubend abschmatzen. Nur fragte sie dabei: „Meinst Du es auch ehrlich?" — „Aber Dorchen!" erwiderte Eduard vorwurfsvoll. Er wußte in diesem Augenblick selbst nicht, ob er es ehrlich meinte oder nicht.

Die nächste halbe Stunde verplauderten sie zusammen in der Küche. Diese Situation war für Eduard, der nie beim Militär gewesen war, neu, aber sie mißfiel ihm nicht. Der Mensch hat ja überhaupt ein fabelhaftes Talent, sich in angenehme Lagen zu finden. Dorchen wußte allerliebst zu schwatzen und war gar zutraulich.

„Hast Du geschlafen, Alex?" — „Wie ein Murmeltier." — „Und von mir geträumt?" — „Anhaltend."

Dorchen lobte ihren Herrn, den Ingenieur Martin, über die Hutschnur; er sei für einen Junggesellen anerkennenswert solid und habe nur eine einzige schlechte Angewohnheit: er rauche so entsetzlich viel. Eine Untugend, zu der sich auch Eduard bekennen mußte.

„Du kennst ihn von der Hochschule, Alex? Was hast Du denn da studiert?" — „Elektrotechnik!" log Eduard und staunte über seine eigene Verworfenheit. Ich lüge mit einer Unschuldsmiene, daß ich darin Privatunterricht geben könnte. Was man doch für neue Seiten an sich entdeckt, wenn man auf Liebespfaden wandelt! „Bin zurzeit stellenlos, habe aber einen fabelhaften Posten bei einer großen Fabrik in Aussicht. Ja, Dorchen, das waren schöne Zeiten, als wir noch Studiosen waren! Manchen tollen Streich vollbracht, den Mädels die Köpfe verdreht, — aber so ein hübscher Kopf, wie Deiner, war nicht darunter!"

„Ach geh!" flüsterte Dora geschmeichelt. „Das sagst Du bloß so! Ich bin doch bloß eine einfache Haushälterin. Wer weiß, ob Du Dich nicht schämst, mit mir bei Tage auszugehen." — „Nonsense! Das ist englisch und heißt auf deutsch: wie kann nur von Deinen süßen Lippen solche Kränkung kommen! Ich mich schämen? Habe mich in meinem ganzen Leben noch nicht geschämt. Übermorgen hole ich Dich zum Flugplatz ab, zuerst das große Schaufliegen, und abends gibt's ein Tänzchen. Einverstanden, Mausi?"

„Dir kann man ja nichts abschlagen. Also gut, mittags Flugplatz und abends gibt's einen Tanz. Aber nun muß ich ans Mittagessen denken. Der Braten schmort sich nicht von selbst." — „Will Dich nicht von Deiner Pflicht abhalten. Koche und schmore Du nach Herzenslust, und mich läßt Du inzwischen in Herrn Martins Zimmer! Weißt doch, ich habe ihm einen Streich zu spielen!" — „Aber Du darfst nichts durcheinanderwerfen! Das kann er auf den Tod nicht leiden."

„Sei unbesorgt, mein Engel! Und noch eins: es gehört zu meinem Streich, daß gegen halb eins drei Herren kommen, gleichfalls alte Bekannte von Martin. Die läßt Du zu mir und Martin ins Zimmer. Wird eine riesige Überraschung für ihn werden. Nicht wahr?"

Eduard ließ sich von Dora in das Zimmer führen. Sie machte die Tür hinter ihm zu, und ihr zärtliches Lächeln verwandelte sich in ein überlegenes Grinsen des Spottes. „Siehmal an, um halb eins kommen drei Herren! Drei ganz harmlose Herren! Genau, wie ich mir's dachte! Nun, sie werden ihre Freude erleben, die drei Herrschaften!" Sie betrat leise das Nebenzimmer, nahm einen kleinen Spiegel von der Wand, schraubte an die darunter sichtbare Rohrmündung ein Periskop, stellte den Spiegel vor sich auf den Tisch und konnte nun darin alles beobachten, was Eduard nebenan trieb. Sie schaute ein Weilchen zu, lächelte befriedigt und begann dann, die Verkleidung abzulegen und sich wieder in einen Mann zurückzuverwandeln.

Eduard Bohnkraut hatte beim Eintritt in Martins Zimmer nur mit größter Selbstbeherrschung einen Aufschrei unterdrücken können. Sein Blick haftete starr an dem Frauenbildnis, das über dem Schreibtisch die Wand schmückte, an jenem Bild, das schon der Besitzerin des Fremdenheims Sanitas besonders aufgefallen war. Es war das Jugendbildnis von Eduards Mutter. Eine der unersetzlichen Reliquien, die zugleich mit seinem Hause verschwunden waren. Wenn es noch irgend einen Zweifel hätte geben können, daß der Ingenieur Martin, Rechtsanwalt Meier III und der Villendieb ein und dieselbe Person waren, der Besitz dieses Bildes hätte ihn beseitigt. Aber nicht daran dachte Eduard in diesem Augenblick.

Langsam trat er vor das Bild und blieb lange mit gefalteten Händen davor stehen. Seit wie viel Jahren hatte er dieses Bild nicht mehr gesehen? Seit damals, als er, ein halbwüchsiger Tunichtgut, nach Amerika ausgerückt war. Und damals hatte ihm das Bild wenig gegolten. Er hatte nur ganz unklare Erinnerungen an seine früh verstorbene Mutter, kannte sie eigentlich nur aus gelegentlichen Erzählungen seines Vaters, denen er mit der Unbekümmertheit des Lausbubenalters ohne sonderliche Ergriffenheit gelauscht hatte. Nun, da er als gereifter Mann vor dem Bilde seiner Mutter stand, stürmten heiße Sehnsucht und wehmütiger Schmerz auf ihn ein. „Wie schön warst Du, Mutter!" flüsterte er. Und nach einer Weile: „Wie anders wäre wohl mein Leben verlaufen, wenn Du mir zur Seite gestanden hättest!"

(Fortsetzung folgt.)

Neue Verwicklung der Tangerfrage.

Nach einer vom „Matin" veröffentlichten Meldung aus Madrid sieht man dort die Tangerfrage durch die Unterzeichnung des Statuts in Paris nicht für endgültig abgeschlossen an. Die Regierung habe Veranlassung genommen, in einer offiziellen Note zu erklären, daß die Unterschrift des spanischen Bevollmächtigten nicht zu bedeuten habe, daß die Regierung das Tangerstatut angenommen habe. „Chikago Tribune" will wissen, die spanische Regierung habe eine sehr energische Note von Frankreich und England erhalten, in der sie aufgefordert werde, das Tangerabkommen zu unterzeichnen. General Primo de Rivera werde wahrscheinlich in der Downing Street und am Quai d'Orsay protestieren. Wie Reuter aus Gibraltar meldet, ist General Primo de Rivera vorläufig nach Tanger gereist, um sich an Ort und Stelle über die Lage der Dinge zu orientieren

Der „Messagero" in Rom nimmt ausführlich zu der Tangerfrage Stellung. Es wird zu verstehen gegeben, daß Frankreich gut daran täte, sich nicht zu sehr auf sein juristisches Recht zu versteifen, sondern eine Verständigung mit Italien angesichts der Opfer, die das Land für die gemeinsame Sache der Verbündeten während des Krieges gebracht hat, zu suchen.

Ausbau des spanischen Direktoriums.

Madrid, 23. Dezember. (T. U.) Der König unterzeichnete gestern das Reorganisationsdekret, nach dem das Direktorium aus Generalen zusammengesetzt bleibt, aber Staatssekretäre zur Führung der Ministerien ernannt werden. Zu diesen Staatssekretären werden Sachverständige aus Zivilberufen ernannt werden.

Paris, 24. Dezember. (W. T. B.) Nach einer Havasmeldung aus Madrid sind, wie angekündigt, zu Unterstaatssekretären ernannt worden: im Justizministerium: Ernesto Jimenes Sanchez (Beamter); im Finanzministerium: Carlos Vergara (Beamter); im Ministerium für den öffentlichen Unterricht: François Garcia-Leaniz; im Ministerium für die öffentlichen Arbeiten: General Pedro Vives; im Arbeitsministerium: Juan Flores Posadas.

Italienische Besorgnisse wegen Frankreichs Mittelmeerpolitik.

Für die italienische Stimmung ist ein Leitartikel der „Epoca" bezeichnend, in dem es heißt: „Das Los der Mittelmeerpolitik ist an der Ruhr gefallen. Während wir Italiener Poincaré ob seiner Festigkeit gegenüber Deutschland priesen und ihm ohne jede Entschädigung Oberschlesien zerstückeln halfen, dachten wir nicht daran, daß Frankreich im Besitze der europäischen Rohstoffe seine Mittelmeer- und Balkanpolitik mit neuer Energie aufnehmen würde. Heute diktiert Poincaré in Tanger das Gesetz, und gleichzeitig unterstützt er in Athen die Republikaner und Venizelos und verhandelt mit der neuen Regierung über einen Militärvertrag. Wenn es ihm gelingt, Griechenland in die Kleine Entente aufzunehmen, haben wir auf dem anderen Adriaufer zwei gerüstete und Frankreich verbündete Mächte, Südslawien und Griechenland, die beide durch ein antiitalienisches und antibulgarisches Programm geeint sind und von Bucari bis zum Korfukanal ein defensives und offensives Marinesystem organisieren. Wir bestreiten Frankreich nicht das Recht, eine italienfeindliche Politik zu treiben, bitten aber Frankreichs Politiker und Presse, uns nicht für so töricht halten, die Wirklichkeit nicht zu erkennen, die Wirklichkeit, die wir zur Basis unserer neuen diplomatischen und nichtdiplomatischen Aktion machen werden.

Die englisch-afghanische Spannung.

London, 23. Dezember. Die Spannung zwischen England und Afghanistan hat sich weiter verschärft. Die englischen Untertanen wurden aus Kabul zurückbeordert. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph" in Kalkutta meldet seinem Blatt, er glaube zu wissen, daß die letzte der Regierung von Kabul übermittelte englische Note eine energische Wendung, wenn auch in freundschaftlichem Tone, gebraucht habe. Man würde aber erst im äußersten Falle die Mitarbeit der Truppen und Flugzeuge in Anspruch nehmen.

Warschau, 24. Dezember. Wie die Lettische Telegraphen-Agentur nach der „Rigaschen Rundschau" mitteilt, äußerte der afghanische Gesandte Gulam-Nabi-Khan in Moskau in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Wetschernaja Moskwa", die afghanische Regierung werde sich kategorisch weigern, die Beziehungen zu Räterußland abzubrechen, um so mehr, als diese nach dem Abschluß eines Vertrages zwischen den beiden Staaten noch freundschaftlicher geworden seien als bisher. Die „Iswestija" schreibt in einem Leitartikel u. a.: Ein Kriegsfunke in Afghanistan kann einen Weltbrand entzünden, der die Menschheit in ein Chaos wirft. Lord Curzon will vor seinem Abschied vom Amt noch im letzten Augenblick die künftige Arbeiterregierung vor einen neuen Krieg stellen.

Demnach bestehen vertragliche Bindungen zwischen Moskau und Kabul, über deren Formulierung bisher nichts an die Öffentlichkeit gedrungen ist.

Berlin, 26. Dezember. In der Berliner Sowjetbotschaft sind bisher keine genaueren Nachrichten über die Lage in Afghanistan eingelaufen. Wie der Ost-Expreß erfährt, ist man in Berliner Sowjetkreisen der Meinung, daß Lord Curzon dieses Ultimatum an Afghanistan gerichtet hat, um jede kommende englische Regierung vor vollendete Tatsachen zu stellen und sie damit zum Weitergehen auf diesem Wege zu zwingen; im Fall der Bildung einer Arbeiterregierung würde dadurch deren Absicht, Sowjetrußland anzuerkennen, erschwert oder durchkreuzt werden. Aus halbamtlicher Londoner Quelle verlautet, daß die englische Regierung alle in Afghanistan lebenden englischen Frauen aufforderte, sich sofort auf englisches (indisches) Gebiet zurückzubegeben. Der erste Transport ist bereits aus Kabul unterwegs.

Russische Truppen an der Grenze versammelt.

London, 26. Dezember. **Wie bestimmt verlautet, hat Sowjetrußland an der afghanistanischen Grenze größere Truppenmassen konzentriert, die mit einem Einmarsch in Afghanistan und womöglich Indien drohen.**

Die innere Lage Frankreichs.

Germaine Berton freigesprochen.

Paris 26. Dezember. (Pat). Germaine Berton, die angeklagt war, den Hauptsekretär der „Action Française", Marius Plateau, ermordet zu haben, wurde vom Geschworenengericht freigesprochen. (Dieser Freispruch ist eine Erscheinung des „Ruckes nach links" in Frankreich. D. Schriftl.)

Herabsetzung der Zahl der französischen Abgeordneten.

Paris, 26. Dezember. (Pat). Die Deputiertenkammer nahm bezüglich der Zahl der Deputierten in der künftigen Kammer den Antrag Loucheurs, der eine Herabsetzung der Deputiertenzahl von 626 auf 599 bedeutet, an.

Loucheur beginnt den Wahlfeldzug.

Paris, 24. Dezember. Loucheur hat gelegentlich eines Banketts bei der Gründung des republikanischen Verbandes von Lille eine Programmrede gehalten, die als die Einleitung der Wahlkampagne für die Loucheurgruppe angesehen werden kann. Loucheur behandelt darin in der Hauptsache die Fragen der inneren Politik. An der Spitze der inneren Probleme behandelte Loucheur die Finanzlage. Die Unordnung der Wechselkurse, sagte er, die Erhöhung des Zinsfußes, die Schwierigkeiten der Einführung der Umsatzsteuer würden seit einem Jahre immer schlimmer. Man dürfe nicht länger gegenüber der ständigen Entwertung des Franken gleichgültig bleiben, denn da liegt die Hauptursache für die Teuerung. Nur eine energische Aktion mit einer entschlossenen antiinflationistischen Politik, und zwar nicht nur in Worten, sondern auch in Taten, könne die Lage gründlich ändern. Loucheur trat sodann für den Bau billiger Wohnungen und das Organisationsrecht der Arbeiter ein. Er ist gegen die Betriebsräte und kein Anhänger der Theorie einer Teilnahme der Arbeiter am Gewinn.

Die rosenrote Finanzbrille.

Paris, 26. Dezember. (Pat.) Nach dem Bericht des Senators Beranger über das französische Budget würden die Einkünfte 23 950 Millionen, die Ausgaben 23 382 Millionen betragen. Es würde also ein Überschuß in Höhe von 568 Millionen zu verzeichnen sein. Beranger bemerkte in seinem Bericht, daß die wirtschaftliche Lage Frankreichs am Ausgang des Jahres 1923 sich sehr günstig darstelle. Die Handelsbilanz, die im Jahre 1920 mit einem Defizit von mehr als 23 Milliarden abgeschlossen wurde, sei jetzt ins Gleichgewicht gebracht.

Eine deutsche Abfertigung für Poincaré.

W. T. B. meldet u. a.:

Wenn der französische Ministerpräsident in seiner Kammerrede am Freitag **das deutsche Reparationsangebot vom 2. Mai** deshalb **als lächerlich bezeichnet,** weil es den vom Staatssekretär Hughes gemachten Vorschlag der Einsetzung einer unparteiischen internationalen Kommission aufnahm, so kann dieser Standpunkt ohne weiteren Kommentar dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen bleiben. Als eine direkte Entstellung des Angebots muß aber die Behauptung bezeichnet werden, daß nach dem Vorschlag der deutschen Regierung von den damals angebotenen 30 Milliarden Goldmark ein Betrag von 20 Milliarden Goldmark als bereits gezahlt hätte abgezogen werden müssen. Von einem derartigen Abzug war im Angebot in keiner Weise die Rede.

Wenn der französische Ministerpräsident dann ferner die wirtschaftlichen Ergebnisse seiner „Pfänderpolitik" auch jetzt wieder als „befriedigend" bezeichnet, so braucht demgegenüber nur auf die Tatsache hingewiesen zu werden, daß die französische Wirtschaft infolge des Ausfalls der freiwilligen Reparationskohlenlieferungen **für einen Mehrimport an Kohle und Koks bis zum 30. September etwa 600 Millionen Franken verausgabt hat.**

Der französische Ministerpräsident sagt in diesem Zusammenhang, daß die Erträgnisse der Abmachungen mit den deutschen Industriellen auf Reparationskonto zu verrechnen seien, daß davon aber zuerst die Kosten für die Besetzung abgezogen werden würden. Er vergißt hinzuzufügen, daß **Deutschland gegen einen derartigen Abzug der Besetzungskosten bei der Reparationskommission nachdrücklich Protest erhoben hat und daß die Entscheidung der Reparationskommission über diese Frage noch aussteht.**

Der französische Ministerpräsident hat weiter ausgeführt, daß er keine Verpflichtungen eingehen werde, welche die Autorität des Generals Degoutte schwächen oder die Freiheit der rheinischen Bevölkerung schädigen könnten, und daß er sich zu keinem Manöver hergeben würde, das den Einfluß Berlins wieder auf eine Bevölkerung ausdehnen könne, die sich von diesem Einfluß zu befreien wünsche. Der Reichsregierung ist nichts bekannt, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiet jemals den Schutz und die Hilfe Frankreichs angerufen hätte, um sich vom Einfluß Berlins zu befreien. Bisher ist aus dieser Bevölkerung kein anderer als der Wunsch laut geworden, **sowohl von den vertragswidrigen Maßregeln der Besetzungsmächte als auch von dem Separatistengesindel befreit zu werden, das seinen Terror lediglich dank der französischen Unterstützung hat ausüben können.**

Deutschland und die rheinische Goldnotenbank.

W. T. B. teilt mit:

Die im Laufe der vergangenen Woche in Berlin zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der rheinisch-westfälischen Bankwelt und Industrie geführten Verhandlungen über Anerkennung einer Rheinisch-westfälischen Bank, welche zur Ausgabe von in Devisen einlösbaren Inhaberscheinen berechtigt sein soll, haben einen Erfolg versprechenden Verlauf genommen. Der Reichskanzler hat dem Führer der rheinisch-westfälischen Gruppe, Geh.-Rat Louis Hagen, in einem ausführlichen Schreiben die Voraussetzungen und Bedingungen dargelegt, unter denen die Reichsregierung eine gesetzliche Anerkennung der Bank in Aussicht nimmt. **Das Ziel dieser Bedingungen** ist dahin gerichtet, die Währungseinheit des Deutschen Reiches und den wirtschaftlichen Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet zu erhalten und dafür zu sorgen, daß der Zahlungsverkehr im besetzten Gebiet, auch soweit er nicht durch die seitens der Bank auszugebenden Scheine erfolgt, wiederum in geordnete Bahnen gelenkt wird. Letzten Endes muß die zu gründende Bank alsbald so eingerichtet werden, daß ihre Überleitung in das deutsche Zentralnoteninstitut, sobald dieses wiederum eine vollwertige Goldnote ausgibt, reibungslos möglich ist.

Weihnachtsbotschaft des deutschen Reichskanzlers.

Berlin, 26. Dezember. (Pat.) In ganz Deutschland ist heute eine Botschaft des Reichskanzlers Marx veröffentlicht worden, in der zu Beginn die Not in Deutschland geschildert, dann für die Opfer des Auslandes gedankt und der aus den besetzten Gebieten ausgewiesenen Deutschen sowie der in französischen Gefängnissen befindlichen Deutschen gedacht wird. In der Botschaft wird weiter betont, daß Deutschland 1⅓ Millionen Arbeitslose hat und daß 2 Millionen nur teilweise beschäftigt sind. Außerdem gäbe es in den besetzten Gebieten 2 Millionen Arbeitslose und eben so viel teilweise Beschäftigte. Dann erwähnt der Kanzler die Reduktion des Beamtenapparats und die Einschränkung der Beamtengehälter, sowie die neuen Steuern, die zur Gesundung des Staates dem Volk auferlegt werden mußten. Zum Schluß wird feierlich versprochen, daß das deutsche Volk und die Reichsregierung sich bemühen werden, in weitgehendstem Maße die Entschädigungsverpflichtungen zu erfüllen.

Vereinfachung der deutschen Verwaltung.

Durch Verordnung vom 18. d. Mts. hat der Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung unter dem Vorsitz des Sparkommissars, Staatsministers a. D. Saemisch, eine dreigliedrige Kommission eingesetzt, der es obliegt, eine Vereinfachung der Verwaltung und eine Verringerung der Ausgaben des Reiches durchzuführen. Die näheren Richtlinien über die Befugnisse der Kommission werden von der Reichsregierung aufgestellt.

Dr. Schacht endgültig Reichsbankpräsident.

Der Reichspräsident hat am Sonnabend entsprechend dem Vorschlag des Reichsrates den Währungskommissar und bisherigen Bankdirektor Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten ernannt. Dr. Schacht behält seine Stellung als Reichswährungskommissar bei.

** **Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.** Zu der Erklärung des Reichsfinanzministeriums, daß der städtische Grundbesitz zu der für die Rentenbank eingetragenen Grundschuld herangezogen werden soll, wird ergänzend darauf hingewiesen: Da der städtische Grundbesitz durch den § 2 der Rentenbankverordnung bereits grundsätzlich zur hypothekarischen Garantierung der Rentenmark herangezogen worden ist, rechnet man mit der Maßnahme, daß die Belastung erst erfolgen soll, nachdem die Mietenzwangswirtschaft aufgehoben worden ist. Sobald dies erfolgt ist, wird entsprechend dem § 2 die Belastung erfolgen. Ein Referentenentwurf liegt hierzu nicht vor, doch werden bereits die nötigen Vorbereitungen getroffen, da man in absehbarer Zeit mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft rechnet.

Freistadt Danzig.

Danziger Goldgulden eingetroffen.

Danzig, 26. Dezember. (A. W.) Hier ist ein Transport von Goldgulden eingetroffen. Die Goldmünzen sind in Stücken zu 25 Gulden ausgeführt und entsprechen bezüglich ihres Gewichts dem englischen Goldpfund. Die Münzen sind in Berlin geprägt. Auf der einen Seite sieht man zwei Löwen, die das Danziger Wappen halten, und die Aufschrift „Freie Stadt Danzig 1923". Auf der anderen Seite sieht man eine Figur Neptuns nach dem Muster des Denkmals, das sich auf dem Langen Markt befindet. Die 25-Gulden-Stücke wiegen 7,88 Gramm, wovon 7,32 Gramm reines Gold sind. Der Danziger Senat will einstweilen die Goldmünzen nicht in Umlauf bringen, sondern sie nur als Reserven zur Sicherstellung des künftigen Guldens benutzen.

Liechtenstein will sich der Schweiz angliedern.

Das kleine Fürstentum Liechtenstein an der Grenze der Schweiz und Vorarlbergs mit 8300 Einwohnern beabsichtigt seit einiger Zeit, sich als 26. Kanton an die Schweiz anzuschließen. Das Haupthindernis ist noch der 83jährige Fürst Johann II. von Liechtenstein, der auf die Regierung seines Ländchens nicht verzichten will. Eine Volksabstimmung soll jetzt die Frage der Angliederung an die Schweiz entscheiden.

Letzte Meldungen.

Degoutte und Tirard begutachten die deutschen Vorschläge.

Paris, 27. Dezember. (Pat.) Poincaré übersandte das deutsche Memorial dem General Degoutte und dem hohen Kommissar Tirard zur Kenntnisnahme und forderte sie auf, in möglichst kurzer Zeit die Bemerkungen vorzulegen, zu denen das Memorial ihnen Anlaß gäbe. Wenn der Premier sich mit der Meinung Degouttes und Tirards bekannt gemacht hat, wird er den Entwurf einer Antwort an die Reichsregierung ausarbeiten, die dieses Projekt der belgischen Regierung vorlegen wird.

Ein französisches Luftschiff verschwunden.

Paris, 27. Dezember. (Pat.) Der Marineminister hatte bis gestern abend um 10 Uhr keine Nachricht über das Luftschiff „Dixmude" erhalten. Der Präfekt von Bizerte bestätigte, daß das Luftschiff über dem Gebiete von Tunis am 23. und 24. d. Mts. nicht beobachtet wurde. Ebenso wurde es zwischen Malta und Tripolis nicht gesichtet. Die Ansicht herrscht vor, daß „Dixmude" im südlichen Teil Algiers landete.

Jubiläumsfeier der Entdeckung des Radiums.

Paris, 27. Dezember. (Pat.) Gestern fand in der Sorbonne eine Feierlichkeit wegen des 25. Jahrestages der Entdeckung des Radiums statt. Außer der Jubilarin, Madame Curie-Sklodowska, der Mitentdeckerin des Radiums, einer geborenen Polin, waren Präsident Millerand, Vertreter der Pariser Universität sowie der Gelehrtenwelt anwesend. Der Rektor der Universität, Appel, betonte in seiner Rede die glückliche und bedeutsame Erscheinung, daß Frau Curie eine Polin von Geburt und französische Bürgerin Polen mit Frankreich auf dem Gebiete der Wissenschaft verbindet, sowie sich diese beiden Länder verbanden in dem Werke der Befreiung der Völker. Frau Curie sprach ihren Dank aus zugleich im Namen ihres verstorbenen Mannes. Präsident Millerand sagte, daß Frankreich Frau Curie seinen Dank und seine Erkenntlichkeit ausdrückt. Regierung und Parlament haben der Jubilarin als Anerkennung eine Rente von 40 000 Franken zuerkannt, die auch auf ihre Kinder übergehen soll. Auch die Warschauer Universität und die polnische Regierung hatten ihre Vertreter entsandt. Im Anschluß daran gab der Baron Henri Rothschild ein prunkvolles Essen zu Ehren der Jubilarin.

Venizelos kehrt zurück.

Athen, 27. Dezember. (Pat.) Die griechische Regierung erhielt von Venizelos die Einwilligung, für eine gewisse Zeit nach Griechenland zu kommen, um an der Ordnung der Dinge im Lande teilzunehmen. Venizelos beharrt aber bei seinem Entschluß, nicht wieder zum politischen Leben zurückzukehren. Am 29. d. Mts. fährt Venizelos von Marseille nach Athen ab.

Die Verlobung ihrer Tochter

Meta

mit Herrn **Ewald Jonn**, Rogoźno, beehren sich anzuzeigen.

Rudolf Risto u. Frau
Else, geb. Pahl.

Gościejewo

Weihnachten 1923.

Meta Risto
Ewald Jonn
Verlobte

Rogoźno

Die Verlobung unserer Tochter **Elisabeth** mit dem Ingenieur u. Leutnant d. R. a. D., Herrn **Franz Slesiona**, Breslau zeigen wir hiermit ergebenst an.

Fedor Muthmann u. Frau
Emilie, geb. Schade.
Forsthaus Potarzyce, Weihnachten 1923.
(Post Golina, b. Jarocin).

Elisabeth Muthmann **Franz Slesiona**
Verlobte
Weihnachten 1923.

Gertrud Schiller
Oskar Hoeth
Verlobte
Neujahr 1924
Poznań. Frankfurt a. Oder.

Fritz Schönfeld u. Frau
Margarete, geb. Gottschling

danken für die anläßlich ihrer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten.

Bnin, den 26. Dezember 1923.

Zur kommenden Saison
offeriere ich ab Lager Poznań

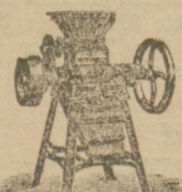
Düngerstreuer

„Obotrit" wie „Westfalia" — 3 Meter breit

Woldemar Günter

Landwirtschaftliche Maschinen und Bedarfsartikel
Fette und Oele
Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 6, Tel. 52-25.

Walzen-Schrotmühlen



für Göpel- u. Kraftbetrieb liefere ich sofort ab meinem Lager infolge günstigen Einkaufs **sehr billig.**

Poznań

Paul Seler, ul. Przemysłowa 28.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 **Posener Tageblatt** (Posener Warte)
für den **Monat Januar 1924**

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Elektrische Licht- u. Kraftanlagen, Reparaturen, Dekorations- und Scheinwerferbeleuchtungen für Theater u. Tanz führt billigst aus **L. Kraetschmann, Poznań, Bukowska 5, 1 Tr.** 4651

Pension wird z. 1. Dez. frei für **Berufsdame**
Wały Królowej Jadwigi 3a, III l.

Steinkohlen

aus erstklassigen und tiefen Gruben
oberschlesischer, Krakauer u. Dąbrowaer Provenienz

oberschlesischen Koks

ständig auf Lager und auf Achse liefert zu Grubenpreisen

Tow. dla Przedsiębiorstw Górniczych "TEPEGE", S. A.

Ekspozytura w Bydgoszczy, ul. Jezuicka 7/8, Tel. 15-95.
Eigene Lager. Eigener Gleisanschluß.

Erdölprodukte
leichtes und schweres **Benzin, Schmieröle,** raffin. **Maschinenöle, Paraffin, Gasöl,** vom eigenen Lager u. a. eig. Raffinerieen.
Portlander Zement aus kleinpolnischen Zementfabriken
Graphit und Graphittiegel bester Qualität,
techn. Artikel u. Maschinen vertretner Fabriken und Hüttenwerke liefert
Towarzystwo dla Przedsiębiorstw Górniczych „Tepege" S. A.
Abteilung i. Bydgoszcz
Jezuicka 7/8 Telegramm-Adresse. „Tepege" Bydgoszcz. — Telephon 1595
Eigenes Lager.
Eig. Anschlussgleis.

SUKIENNICE

Tuchhallen-Poznań, Stary Rynek Alter Markt **56.**

Ein Besuch der „SUKIENNICE"
liegt im Interesse eines Jeden
Gute Waren. — Große Auswahl. — Niedrigste Preise.

Sonderangebot!
Posten I
enthält 800 Meter wollener Erzeugnisse aus Bielsko für praktische Mäntel — Ulster — Anzüge und Kostüme.
Das Meter zu
3,950 000 Mk.

Sonderangebot!
Posten II
enthält 1200 Meter wollener Erzeugnisse aus Bielsko für elegante Mäntel — Ulster — Anzüge — Hosen u. Kostüme.
Das Meter zu
5,800 000 Mk.

Reste u. Coupons 20% unter Tagespreis.

Sämtliche Winterwaren bedeutend ermäßigt.

Tuch-Ausschnitt Erklassiger Erzeugnisse der Bielsko-Biała-Zgierz-Tomaszów u. ausländ. Fabriken.

Rohe Felle

Füchse, Marder, Iltis
Fischotter, Katzen, Hasen
Kanin, Roßhaare u. Wolle
sowie alle anderen Sorten Felle
kauft zu den höchsten Tagespreisen

A. RACHWALSKI, Fellgroßhandlung

Poznań, Grochowe Łąki 5 (früher Südstrasse),
(Eingang im 2. Hofe).
Telephon 5537. Telephon 5537.

Gelegenheitskauf!

Düngerstreumaschinen „MERKUR"

kettenlos, für alle Düngerarten geeignet, 1 Stück 3 m Streubreite, mit Vorderwagen.
1 Stück $2^1/_2$ m Streubreite mit Vorderwagen, gebe ich **außerordentlich preiswert sofort** ab meinem Lager in Poznań ab.

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Wolle,

ungewaschene, kaufe ich und zahle die höchsten Preise. Tausche Wolle aus gegen Strickwolle, Wollwaren, Trikotagen u. Teppiche eig. Fabrik.

W. Olszański, Poznań (862
św. Marcin 56. — Tel. 20-31.
Ich bitte auf meine seit 1916 bestehende Firma zu achten.

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.
Freitag, 28. Dezember, abends $3^3/_4$ Uhr.
Sonnabend, morg. $7^1/_2$ Uhr, vorm. 10 Uhr,
nachm. 4 Uhr Mincha mit Vortrag.
Sabbatausgang abends 4 U. 37 Min.
Werktags-Andacht.
Morgens $7^1/_4$ Uhr u. abends 4 Uhr.
Nach der Morgenandacht Lehrvortrag.

Synagoge B
Ulica Dominikańska.
(Israel. Brüdergemeinde).
Freitag, 28. Dezember, abends 4 Uhr.
Sonnabend, 29. Dezember, vorm. 10 Uhr.

Spielplan des Großen Theaters.

Donnerstag, den 27. 12., $7^1/_2$ Uhr: **„Das Schloß in Czorsztyn"**, Oper von Kurpiński und **„Hochzeit in Ojcowo"**, Ballett von Kurpiński und Stefani.

Freitag, den 28. 12., abends $7^1/_2$ Uhr: **„Hänsel und Gretel"**, Märchenoper von Humperdinck.

Sonnabend, den 29. 12., um $7^1/_2$ Uhr: **„Traviata"**, Oper von G. Verdi.

Sonntag, den 30. 12., nachmittag: **„II. Abend der Tanzkunst"**. (Ermäßigte Preise).
Abends **„Carmen"**, Oper von Bizet.

Beschluß

vom 20. Juni 1923 über Abgabenerhebung bei Eigentumsübertragung.

Auf Grund des Gesetzes vom 21. September 1922 betreffs Abschaffung der Wertzuwachssteuern (Abgaben) sowie Erhebung von Kommunalabgaben von Verträgen betreffs Übertragung des Eigentumsrechts an Immobilien (Dz. U. Rz. P. Nr. 88, Abs. 785) wird, sofern die fraglichen Verträge nicht den Bestimmungen der Erbschafts- und Schenkungssteuer unterliegen zugunsten der Residenzstadt Posen eine Kommunalabgabe von Verträgen betreffs Übertragung des Eigentumsrechts an Immobilien in Höhe von 4% des für die Berechnung der staatlichen Stempelgebühr herangezogenen Betrages eingeführt.

Vorstehender Beschluß tritt nach seiner Bestätigung und Bekanntmachung mit Geltung vom 1. Januar 1924 in Kraft.

Die bisher gültige Verordnung vom 5. Juni 1909 nebst den späteren Abänderungen der Steuererhebung bei Immobilienerwerb tritt mit dem Inkrafttreten des neuen Beschlusses außer Kraft.

Von Verträgen betreffs Übertragung von Immobilien, die in der Zeit vom 1. Januar 1923 bis zum Inkrafttreten des neuen Beschlusses abgeschlossen werden, wird die Differenz zwischen der laut Verordnung vom 5. Juni 1909 erhobenen und der neuen Steuer erhoben.

Vorstehender Beschluß ist durch Erlaß des Herrn Wojewoden vom 14. Dezember 1923 — J.-Nr. 9517/23 III. — bestätigt worden. Posen, den 18. Dezember 1923.

Der Magistrat
(—) Natajski. (—) Dr. Kiebacz.

Bekanntmachung.

Im Wege der öffentlichen Ausschreibung werden die Maurer-, Zimmermanns-, Installations-, Töpfer-, Maler-, Klempner- und Schlosserarbeiten in den städtischen Gebäuden für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1924 laufend vergeben. Angebote auf Ausführung obiger Arbeiten sind spätestens bis zum 31. Dezember d. J., mittags 12 Uhr, im Zimmer 11 des Städtischen Bauamts (Miejski Urząd Budowli Naziemnych) und zwar gesondert, für Distrikt 1: Innenstadt und Distrikt 2: Wilda, Lazarus, Górczyn, Jersitz und Solacz zu hinterlegen. Die Ausschreibungsbedingungen sind in obengenanntem Bauamt einzusehen, woselbst auch Offertenmuster zum Preise von 500000,— Mk. erhältlich sind.

Poznań, den 23. Dezember 1923.

Der Magistrat VI.

Bekanntmachung.

Hiermit erklären wir nachstehende verloren gegangene Ausweiskarten von Installateuren der städtischen Gasanstalt:
Ausweiskarte Nr. 173 auf den Namen Leon Jarząbek
" " 282 " " " Józef Rędziński
für ungültig.

Indem wir Vorstehendes zur Kenntnis unserer Verbraucher bringen, warnen wir zugleich vor evtl. Mißbrauch seitens unehrlicher Finder.

Der Magistrat XI. 2.

Heirat! Gutsit. Herren a. Deutschland u. d. Auslande wünschen glückl. Heirat. Damen, wenn auch ohne Verm. gibt Ausk. diskret **Stabrey, Berlin N. 113, Stolpischestr. 48.**

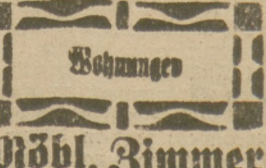
H-Stollen,

Orig. **Leonhardt, „Hardit"** Nr 8, ½ Zoll Gewinde, in kleinen und großen Mengen,

Ia Pferdegeschirre

liefere ich sehr günstig ab meinem Lager. (4626

Paul Seler,
Poznań, ul. Przemysłowa 28.



Möbl. Zimmer

sucht jg. Angest. z. 1. 1. Stadtteil gleichgültig. Off. unt. **B. 4650** a. d. Geschäftsstelle d. Bl.



Hersteller Urbin-Werke, G. m. b. H.
Danzig, am Troyl.
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

Freitag, 28. Dezember 1923. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 293.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 27. Dezember.

Nach dem Feste.

Das Weihnachtsfest liegt hinter uns und hat mit seinem strahlenden Christbaum, mit seinen zeitgemäßen Geschenken die Menschheit eine Zeitlang die Last der Gegenwart von uns genommen. In meist gut besuchten Festgottesdiensten erklang wieder die alte frohe Weihnachtsbotschaft. Weihnachtsstimmung schuf schon die prächtige Weihnachtswitterung, wie sie in gleicher Schönheit uns seit langen Jahren nicht mehr beschieden gewesen ist. Zunächst hatte sich am Weihnachts-Heiligenabend eine dichte Schneedecke über die Erde gebreitet. Dann sank die Temperatur zeitweise sogar bis zu 12 Grad Cels. unter Null. Und so gab es prächtige Schlitten- und Eisbahnen, auf denen sich besonders die Jugend nach Herzenslust austummeln konnte, wenn sie es nicht vorzog, auf den mannigfachen Rodelbahnen die Wangen sich röten und die Lungen vom Staube der Winterwochen reinigen zu lassen. Die Weihnachtsstimmung wurde noch gefördert unter dem singenden Schnee, der unter dem Fuß des Wanderers oder unter den Fuhrwerken seufzte. Heut früh, wo des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr wieder zur Pflichterfüllung rief, war das Thermometer gegen gestern abend um 2 Grad auf 10 Grad Cels. gestiegen — nicht ausgeschlossen ist es, daß wir vor einem Wetterumschlag stehen.

Weihnachtsfeiern der deutschen Katholiken Posens.

Alljährlich veranstalteten die Vereine der deutschen Katholiken an der Franziskanerkirche, also der Gesellenverein, der St. Antoniusverein katholischer Jünglinge, der Frauenbund mit seiner Jugendabteilung, die Lydia (kaufmännische Angestellte) und der Marienverein (Mädchen in dienender und erwerbender Stellung) jeder für sich eine besondere Weihnachtsfeier. In diesem Jahre jedoch einigte man sich wegen der verminderten Zahl der Mitglieder dahin, nur zwei Feiern zu begehen, eine für die männlichen und eine für die weiblichen Vereine. Die für die beiden männlichen Vereine fand am Montag, dem 17. Dezember, im gewöhnlichen Sitzungszimmer im Vereinshause neben der Franziskanerkirche bei einer Beteiligung von ungefähr 50 Mitgliedern statt.

Im Kerzenschein des Christbaumes begann die Feier mit dem Liede „Stille Nacht, heilige Nacht"; darauf wurden einige Weihnachtsgedichte vorgelesen. In seiner Ansprache forderte der Präses beider Vereine, Domherr Dr. Steuer, die Mitglieder auf, dem Christkinde einen Platz in ihrem Verstande, Willen und Herzen zu gewähren; dann dankte er allen denen, deren Spenden es ermöglicht hatten, den Tisch mit Pfefferkuchen und Zigarren zu bestellen; auch an einem guten Glase Bier konnten sich die Anwesenden laben. Den Höhepunkt erreichte die Feststimmung, als die von den Mitgliedern mitgebrachten Geschenke verlost wurden; da gab es humorvolle Szenen, wenn eine Verpackung nach der anderen gelöst wurde, ehe das Geschenk zum Vorschein kam; manch einer konnte ein recht schönes, auch nützliches Geschenk mit nach Hause nehmen. In heiterer Feststimmung ging man auseinander im Bewußtsein, wieder einen Weihnachtsabend in brüderlicher Gesinnung verlebt zu haben.

In viel größerem Maßstabe feierten die weiblichen Vereine, die ja auch, besonders der Frauenbund, viel mehr Mitglieder zählen, am Sonntag, dem 23. Dezember, ihren Weihnachtsabend im Evangelischen Vereinshause. Für sie stand im Vordergrund die Bescherung von armen Kindern.

An der Zusammenstellung ihrer Liste hatte tagelang vorher Domherr Dr. Paech, der Leiter der weiblichen Vereine, zusammen mit Frau Glowinski, der Vertreterin des Frauenbundes, gearbeitet; für diese Kinder waren von den deutschen Katholiken und auch von nichtkatholischer Seite reiche Gaben gespendet worden; dieser Gedanke christlicher Liebestätigkeit klang auch wieder in der Festansprache von Domherrn Dr. Paech und den warmen Dankesworten des Gymnasiallehrers Knechtel als Vertreter der deutschen Katholiken. Der vielen Mühe entsprach auch ein reicher Erfolg. 23 bedürftige Kinder konnten vom Knecht Ruprecht reich beschenkt werden, so reich, daß sie oft ihren Packen mit ihren kleinen Händen nicht umfassen konnten. Dafür gab es aber auch glänzende und dankbare Augen zu sehen! Nicht bloß die Kinder, sondern auch die Erwachsenen bekamen viel Weihnachtsfreude geschenkt. An langen Tafeln, die reich mit Kuchen und Kaffee und anderen Weihnachtsgaben besetzt waren, saßen an 200 Personen, darunter wohl 120 Vereinsmitglieder. Emsig hatten die einzelnen Vereine gearbeitet, um den Abend recht würdig zu gestalten. Da hörte man die schönsten volkstümlichen Weihnachtslieder zur Laute vorgetragen; eine Legende vom bescheidenen Tannenbaum zeigte sinnig, wie er zu seiner Stellung in der Weihnachtsfeier der christlichen Familie gekommen sei; in einem reizenden Kinderspiel, „Die Weihnachtsrose" betitelt, trat uns der Zauber kindlicher Unschuld entgegen, und „Frau Holles Weihnachtsabend" spiegelte gleich einem Dürerschen Holzschnitt seelenvolle Innigkeit, die Eigenart deutschen Gemütes wieder. Kurz, es war ein Weihnachtsabend, wie ihn die deutschen Katholiken Posens in so einträchtigem Zusammenwirken aller weiblichen Vereine noch nie erlebt hatten. Allen, die zum Gelingen dieses schönen Abends beigetragen haben, besonders allen gütigen Spendern aus nah und fern — nicht zu vergessen die aus Warschau (Fabrikbesitzer W.) —, die es ermöglicht hatten, 15 armen Kindern Schuhe in dieser teuren Zeit zu schenken, sei ein recht herzliches „Vergelt's Gott" gesagt.

Bevölkerungsstatistisches aus Posen.

Das statistische Bureau der Stadt Posen führt bekanntlich eine genaue Übersicht über den Zu- und Abstrom der Bevölkerung Posens. Dabei wird die Wanderbewegung innerhalb der polnischen Landesteile und die zwischen dem Auslande und Polen auseinandergehalten. Aus diesen Errechnungen hat die „Gaz. Warsz." festgestellt, daß bis zum Beginn dieses Jahres die absolute Anzahl jüdischer Mitbürger sich verringert hatte, da der Zustrom aus dem Osten hinter der Auswanderung der angestammten Bevölkerung mosaischen Bekenntnisses zurückblieb. Als bleibende Erscheinung läßt sich feststellen, daß der Fortzug dieses Bevölkerungsteiles ins Ausland ebenso beharrlich war, wie der Zuzug aus Kongreßpolen und Galizien. Vom Februar an vermehrte sich die östliche Zuwanderung, die Abwanderung dagegen wurde geringer. Seitdem hat die jüdische Einwohnerzahl dauernd zugenommen, mit Ausnahme des August, der einen Rückgang um zwei jüdische Mitbürger aufweist. Insgesamt sind in den letzten zehn Monaten aus anderen polnischen Teilgebieten 231 ostjüdische Personen in Posen eingezogen, dagegen 109 abgezogen. Es verblieben daher 122 Personen. In dem gleichen Zeitraum sind aus dem Auslande 20 eingetroffen und 81 fortgezogen. Mithin hat sich der Gesamtbestand der jüdischen Bevölkerung um 61 Personen verringert.

Das antisemitische polnische Blatt schließt seine Ausführungen mit einer vergleichenden Betrachtung der alten eingesessenen jüdischen Bevölkerung und der zugewanderten ostjüdischen. Die erstgenannte, größtenteils nach Deutschland abgewanderte, sei deutschgesinnt gewesen und habe nach Ansicht des Blattes damit als nationale Minderheit in deutlichem Gegensatz zur polnischen Bevölkerung gestanden. Die an ihre Stelle getretenen sogenannten „polnischen" Juden gagegen glaubt das nationaldemokratische Blatt als besonders „nationalfeindlich" bezeichnen zu müssen, weil sie angeblich unter dem Scheinmantel polnisch-nationaler Gesinnung einen großen Teil der Bank- und Industrieaktien in ihre Hand bekommen hätten.

× **Eine Stadtverordnetensitzung** findet in diesem Jahre noch am Freitag, abends 7 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte:

Beschluß eines städtischen Gesetzes über die Erhebung einer Steuer von Wohnungen und Geschäftslokalen; Erhöhung der Sätze für die Fäkalienabfuhr; Genehmigung weiterer Kredite zur Deckung der Kosten für die Umarbeitung des Palastes in Naramowice zu einem Hort für noch nicht schulpflichtige Kinder; Genehmigung der Kredite zur Deckung der Kosten für den Ankauf von Kanalgütern für die Kanalabteilung usw.

Der Telegraphen- und Fernsprechverkehr zwischen Polen und Danzig. Im Telegraphen- und Fernsprechverkehr zwischen Polen und Danzig tritt, wie die amtliche „PAT." meldet, mit dem 1. Januar ein neuer Tarif in Kraft. Bei gewöhnlichen Telegrammen wird die Gebühr 15 Cent. in Gold für das Wort betragen. Ein Ferngespräch von einer Dauer von drei Minuten wird auf eine Entfernung von 25 Kilometer 60 Cent., auf eine Entfernung von 50 Kilometer 120 Cent. betragen.

Die heutige 27. Dezemberfeier (5. Jahrestag der politischen Umwälzung in der Stadt Posen) nahm ihren programmäßigen Verlauf nach dem von uns in der Weihnachtsnummer bekanntgegebenen Programm. Die meisten öffentlichen und auch eine größere Anzahl von Privatgebäuden trugen Flaggenschmuck.

Worte zur Altershilfe.

„Um den Abend wird es licht sein" — ein Wort, das besonders den Alten gilt. Wer hilft, daß ein Strahl des Weihnachtslichtes in dunkel gewordenes Leben fällt? Das Licht im eigenen Leben soll uns zu Lichtträgern und Lichtspendern machen.

Geheimrat Staemmler.

Geldspenden nehmen alle deutsche Banken, Lebensmittel das Bureau der Altershilfe, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring), entgegen.

Die Polizeistunde in der Silvesternacht. Das Starostwo Grodzkie bittet uns, mitzuteilen, daß in der Silvesternacht die Polizeistunde für öffentliche Restaurationslokale, mit Ausnahme der Lokale mit Damenbedienung, bis 2 Uhr nachts verlängert wird. Zugleich wird hingewiesen auf die Gesetzesbestimmung, die den Ausschank von alkoholischen Getränken, die mehr als 2½ Prozent Alkohol enthalten, an Feiertagen ganz und an den Vortagen von 3 Uhr nachmittags verbietet.

Sein 70. Lebensjahr vollendet am Sonnabend 29 d. Mts., der Justizrat Leopold Lehr hier. Er ist ein Posener Kind und hat nicht nur hier die Schule, das ehemalige Friedrich-Wilhelm Gymnasium besucht, sondern auch nach Beendigung der juristischen Studien in Breslau sein ganzes Leben hindurch hier seine Tätigkeit, seit Oktober 1890 als Rechtsanwalt, seit 1902 auch als Notar ununterbrochen ausgeübt. Etwa 25 Jahre, und zwar bis vor etwa einem Jahre war er Mitglied des Vorstandes der Anwaltskammer und zuletzt dessen stellvertretender Vorsitzender. In der städtischen Verwaltung hat er sich lange Zeit als Armenrat und Armendeputierter betätigt. In der Verwaltung der Synagogengemeinde Posen wirkt er als Repräsentant. Allen wohltätigen Anstalten und Bildungsinstituten widmet er rege Anteilnahme. Er ist seit einigen Jahren hier der einzige deutschstämmige Notar.

× **Aufklärung eines großen Wäschediebstahls.** Wir berichteten dieser Tage von einem großen Wäschediebstahl in der ul. Piotra Wawrzyniaka 26 (fr. Kaiser-Friedrichstraße), bei dem Wäsche im Werte von 1½ Milliarden gestohlen wurde. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den Diebstahl restlos aufzuklären, die Diebe, zwei Brüder, festzunehmen und dem rechtmäßigen Besitzer wieder zu seinem Eigentum zu verhelfen.

× **Diebstähle.** Gestohlen wurden: aus einem Stalle im städtischen Schlachthofe Pferdegeschirre im Werte von 30 Millionen Mark; aus einer Wohnung Plac Działowy 9 (fr. Kanonenplatz) 4 Paar Herrenstiefel, 3 Paar Offizierbeinkleider, 2 Paar lange Stiefel, 1 Paar Reithosen, 3 Hemden, 1 Paar Unterbeinkleider, 1 Wecker, Damenwäsche im Gesamtwerte von 225 Millionen Mark; aus einer Wohnung ul. Strumykowa (fr. Bachstraße) 3 ein goldener Trauring und ein Paar goldene Ohrringe im Werte von 30 Millionen; in einer Gastwirtschaft Górna Wilda 48 (fr. Kronprinzenstraße) einem Gaste ein Barbetrag von 48 Millionen Mark; aus einer Wohnung der ul. Fredry 2 (fr. Paulikirchstraße) ein Damen-Sealpelzmantel mit seidenem Futter im Werte von 4 Milliarden Mark; vom Boden des Hauses ul. Fredry 12 Klinikwäsche im Werte von 1½ Milliarden Mark; aus einer Wohnung Wallischei 54 zwei Herrenanzüge, ein Paar Herrenstiefel im Werte von 130 Millionen Mark; vom Hofe des Hauses ul. Wyspiańskiego 12 (fr. Hardenbergstraße) ein vierrädriger Handwagen im Werte von 150 Millionen Mark; aus der ul. Łazarska 50 (fr. Lazarusstraße) zwei Paar schwarze Pferdegeschirre im Werte von 150 Millionen Mark.

× **Polizeilich festgenommen** wurden in den Weihnachtsfeiertagen: 5 Dirnen, 6 Personen wegen Diebstahls, 1 wegen Einbruchs in ein Schaufenster, 1 Hehler, 4 Betrunkene, 1 wegen Betruges, 1 Obdachloser, 1 Bettler, 1 wegen Körperverletzung und 1 gesuchte Person.

* **Bromberg**, 26. Dezember. Der Inhaber einer Lederhandlung in der Friedrichstraße bemerkte, daß er seit einiger Zeit systematisch bestohlen wurde. Der Kriminalpolizei gelang es, in zwei Angestellten die Diebe zu ermitteln. Bei einer Haussuchung wurde gestohlene Ware im Werte von ½ Milliarde Mark beschlagnahmt.

□ **Lissa i. P.**, 26. Dezember. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde ein Magistratsantrag auf Anstellung eines Stadtgärtners einem besonderen Ausschusse zur Vorberatung überwiesen. Beschlossen wurde, zur Deckung der Unkosten des Einwohnermeldeamts von jeder geschäftlich, nicht besuchsweise vorübergehend sich hier aufhaltenden Person 500 000 M. zu erheben. Die Schlachthofgebühren wurden erhöht, und zwar für ein Pferd oder Rind auf 5 Pfd. Fleisch, ein Schwein 3 Pfd., ein Kalb, einen Hammel oder eine Ziege je 2 Pfd. Fleisch bzw. deren Geldwert. Die Jahresgebühr für die Befreiung von der Verpflichtung zur Leistung des Feuerlöschdienstes wurde auf 3 Millionen Mark festgesetzt. Für die Erlaubnis zum Waffentragen wurden auf die Dauer von je 3, 6, 9, 12 Monaten Millionenbeträge in gleicher Höhe festgesetzt. Die Gebühr für die Erteilung eines Schankkonsenses wurde auf 50 Millionen Mark erhöht.

□ **Rawitsch**, 26. Dezember. In der letzten Stadtverordnetensitzung kam der Zwiespalt zwischen den städtischen Körperschaften wieder deutlich zum Ausdruck in vier dringenden Magistratsanträgen, deren erster die Ungültigkeitserklärung des Stadtverordnetenmandats des Stadtverordnetenvorstehers Falkiewicz forderte, weil dieser angeblich kein polnischer Staatsbürger sei. Der Bürgermeister war der Versammlung ferngeblieben; die Vertretung der vier Magistratsanträge hatte der Stadtrat Boberski übernommen. Die Versammlung gab ihrem Erstaunen darüber Ausdruck, daß der Magistrat jetzt erst die Entdeckung gemacht habe, daß Falkiewicz nicht polnischer Staatsbürger sei, nachdem er zwei Jahre lang sein Stadtverordnetenmandat ausgeübt habe. Die Versammlung stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß der Stadtverordnetenvorsteher als polnischer Untertan anzusehen sei, und lehnte den Magistratsantrag ab. Der zweite Magistratsantrag forderte die Wahl eines Mitgliedes zum Kreistage an Stelle des Stadtverordnetenvorstehers Falkiewicz. Die Versammlung lehnte diesen Antrag ebenfalls einstimmig ab. Der dritte Magistratsantrag behandelte den Haushaltsvoranschlag für 1923. Die Versammlung überwies das umfangreiche Material dem Finanzausschuß zur Begutachtung. Dasselbe Schicksal widerfuhr der als vierten Antrag eingebrachten Anordnung über eine städtische Gebäudesteuer, nach der die Gebäude in drei Klassen eingeteilt und mit Steuern im 2000-, 4000- bzw. 8000fachen Betrage der staatlichen Gebäudesteuer belegt werden sollen. Ein Magistratsantrag über ein Gesetz zur Erhebung von Administrationsgebühren von im Magistrat eingelaufenen Gesuchen, wurde dem Finanzausschuß überwiesen, ebenso ein Magistratsantrag über eine Kommunalabgabe vom Zuschlage zur staatlichen Gebäudesteuer für 1923. Über die Festsetzung eines Kommunalzuschlages zur Einkommensteuer für 1923 konnte nicht verhandelt werden, da wie in den beiden vorerwähnten Fällen das Material den Berichterstattern zu spät zugestellt worden war.

* **Stargard**, 25. Dezember. Der Deutsche Frauenverein ist auf polizeiliche Verfügung geschlossen worden. Da er sich in keiner Weise mit politischen Angelegenheiten befaßt hat, sondern sich ausschließlich mit der Pflege der Armen und Kranken beschäftigt hat, erregte dies, wie die Dirschauer „Deutsche Zeitung" schreibt, berechtigtes Aufsehen, zumal in der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen Not jedes Unternehmen zur Linderung der großen Bedrängnis vieler Staatsbürger wohl ein Anrecht auf staatliche Förderung hätte. Es ist Beschwerde erhoben worden.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau**, 25. Dezember. Auf der Polizei in Radomin fand sich, wie der „Przegl. Wiecz." erfährt, die 32jährige Marianne Dolińska ein und teilte mit, daß sie aus Not ihre vier Kinder aufgehängt habe. Da sie nicht gewußt hatte, woher sie die Lebensmittel für die Kleinen beschaffen sollte, hatte sie sich in den unweit gelegenen Wald begeben und ihre Kinder der Reihe nach an einen Baum gehängt. Die Mutter wurde verhaftet — es handelt sich um eine Zigeunerin — und dem Gericht zugeführt.

Aus Ostdeutschland.

* **Guben**, 22. Dezember. Bei der Reichsbahn werden zurzeit einschneidende Sparmaßnahmen in den Ausgaben der inneren Verwaltung vorgenommen. Aus diesem Grunde werden am 1. Januar 1924 die Reichsbahnverkehrsämter Guben und Schwiebus aufgelöst. Zu dem gleichen Zeitpunkt wird ein neues Verkehrsamt mit dem Sitze in Frankfurt a. O. eingerichtet, das seine Geschäftsräume im Amtsgebäude am Bahnhofsplatze erhält.

* **Unruhstadt**, 22. Dezember. Zum zweiten Geistlichen an der evangelischen Kirche in Karge hat das Konsistorium in Stettin an Stelle des in den Ruhestand getretenen Pfarrers Langholz den Pastor Balcke aus Marienwerder ernannt. Dieser war früher Pastor in einem Dorf in Pommerellen und ist von der polnischen Regierung ausgewiesen worden.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

Landwirt 3. Ihre Anfrage können wir leider nicht beantworten, da der Wortlaut des Gesetzes nicht bekannt, dieses aber ja auch einstweilen in der Versenkung verschwunden ist.

E. Spr. in K. Uns ist von Ihrer Anfrage nichts bekannt; wir bitten um deren Wiederholung.

Spenden für die Altershilfe.

Spender	Betrag	
Ungenannt	500 000.—	M.
Ungenannt	1 000 000.—	„
Goering, Zagórów	100 000.—	„
Karl Hoffmann	1 000 000.—	„
v. B. in L.	4 875 000.—	„
A. J.	2 000 000.—	„
Frau Lehrer Gahl, Bielewko	1 000 000.—	„
„Fliegender Holländer"	5 000 000.—	„
Reingewinn einer Schülervorstellung der ev. Schule in Chmielinko, pow. Nowy Tomyśl	10 000 000.—	„
W. Lange, Sieraków	1 000 000.—	„
	26 475 000.—	M.
Vortrag aus Nr. 291	212 608 750.—	„
	239 083 750.—	M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen

Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal (z. Zt. auf Urlaub). Verantwortlich: für Politik Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Handel und Wirtschaft.

Entwurf eines Valorisierungsgesetzes privatrechtlicher Forderungen.

Im Auftrage der Regierung hat Herr Dr. Friedrich Zoll, Professor des Zivilrechtes an der Universität in Krakau, den Entwurf eines **Valorisierungsgesetzes** privatrechtlicher Forderung ausgearbeitet, welcher, ohne **Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben**, wie der Verfasser selbst bemerkt, nur eine prinzipielle Lösung wichtiger, mit dem Sanierungsproblem unserer Volkswirtschaft zusammenhängender Fragen vorschlägt.

Als Grundlage für die Valorisierung soll die Rubel-, Mark- und Kroneneinheit, ausgedrückt in polnischen Zloty, laut nachstehender Umrechnungstabelle dienen:

bis zum Jahre 1914: 1 Zloty = 0.3 Rubel = 0.90 Rmk. = 1 Kö.;

im Jahre 1915: 1 Zloty = 0.5 Rubel = 1.— Rmk. = 1.20 Kö.;

z. B. i. J. 1922 Januar 1 Zloty = 120 Mkp., 1923 Januar 1 Zloty = 3000 Mkp., 1923 April 1 Zloty = 7000 Mkp., 1923 Juni 1 Zloty = 20 000 Mkp.

Der genaue Umrechnungsschlüssel für die einzelnen Jahre bzw. Monate, in welchen die Forderung entstanden ist, wird auf Grund genauer statistischer Daten durch das Finanzministerium festgesetzt werden.

Eine volle Valorisierung, das heißt z. B. für österr. Kronen aus dem Jahre 1914 = 1000 poln. Zloty, läßt der Verfasser nur bei Rechtsgeschäften, deren Entstehung bzw. Nichterfüllung aus bösem Willen des Verpflichteten erfolgte, z. B. boshafte Beschädigung, absichtliche Prozeß- oder Exekutionsverschleppung zu.

Für andere Fälle ist für die Höhe und Art der Aufwertung der Parteiwillen maßgebend.

Falls diese Grundlage fehlt, kommen nachstehende Grundsätze zur Anwendung:

Darlehen einschließlich der Annuitäten, Vertragszinsen, Spareinlagen und Zinsen davon, ferner abstrakte Geldobligationen (Pfandbriefe, Schuldenverschreibungen, Eisenbahnobligationen usw.) werden bis ein Zehntel des ursprünglichen Betrages, Hypothekar-Darlehen aus der Zeit vor 1920 auf städtischen Realitäten bis ein Achtel, auf landwirtschaftlichen Grundstücken bis ein Viertel des ursprünglichen Betrages valorisiert.

Dasselbe gilt für Grund- und Rentenschulden, Reallasten und Bodenzinsen.

Bei Lebensversicherungssummen ist der Wert der Hälfte der eingezahlten Prämienzahlungen zu valorisieren.

Auch die Valorisierung von Forderungen, die durch Vergleich oder Urteil festgelegt worden sind, ist zulässig, insofern sie nicht selbst Gegenstand des Urteiles oder Vergleiches waren.

Alle anderen Forderungen werden bis zur Hälfte aufgewertet.

Zwecks Vermeidung von Härten, welche mitunter diese Bestimmungen nach sich ziehen können (Ruin des Schuldners, offensichtliche Ungerechtigkeit) können die Gerichte der Schiedsämter die vorgesehene Höhe der Valorisierung erhöhen oder herabsetzen.

Von der Aufwertung sind ausgeschlossen:

a) Wechsel, Scheckforderungen;

b) Kontokorrentrechnungen;

c) Geldforderungen, seit deren Entstehung nicht mehr als 30 Tage verstrichen sind, ausgenommen den Fall der ausdrücklichen oder stillschweigenden Vereinbarung;

d) Schulden des polnischen Staates aus einseitigen abstrakten Rechtsgeschäften.

Bezahlte Forderungen können nicht valorisiert werden, wenn

a) der Berechtigte die Zahlung ohne Vorbehalt der späteren Geltendmachung der Entwertung angenommen hat und der Zahlende sich keiner rechtswidrigen Handlung schuldig machte;

b) wenn seit der Annahme der Zahlung mit Vorbehalt oder seit gerichtlich erfolgtem Erlag ein Jahr verstrichen ist und der Berechtigte keine Klage erhoben oder der Erlag oder die Annahme der Zahlung mit Vorbehalt noch vor Inkrafttreten dieses Gesetzes stattgefunden hat.

Die in diesem Gesetze enthaltenen Valorisierungsansprüche berühren auf keine Weise die in besonderen Gesetzen begründeten Ansprüche auf Valorisierung.

Zur Entscheidung und gütlichen Austragung der in diesem Gesetz bezeichneten Forderungen werden besondere Schiedsgerichte errichtet.

Mit einer Darlegung der Grundlinien der Organisation dieser Ämter schließt dieser Gesetzentwurf, welcher nur einen verhältnismäßig geringen Teil des großen Sanierungsproblems unserer Finanzen umfaßt.

Wirtschaft

§ **Die Valorisierung öffentlicher Zahlungen in Polen.** Mit dem 1. Januar 1924 wird in Polen für die Berechnung von Steuern und einiger anderer öffentlicher Einnahmen sowie von Krediten, die durch staatliche Institutionen und Selbstverwaltungen gewährt werden eine wertbeständige Einheit eingeführt (Zlotyrechnung). Die Valorisierung der Zölle besteht darin, daß die jetzigen Zölle die in Polenmark ausgedrückt sind in Goldfranken umgerechnet werden. Der Kurs des Goldfranken (Zloty) wird amtlich bekannt gegeben so daß man die Zölle sowohl in polnischer Mark wie in Gold bezahlen kann. Nur für die Zölle, die ebenso in Gold bezahlt werden müssen, findet keine Umrechnung in Polenmark statt.

§ **Erhöhung des Zollmultiplikators.** Der Zollmultiplikator wurde durch Verfügung des Finanz- und Handelsministers für den normalen Zollsatz auf 1 440 000 erhöht, was 143 999 900 % Agio ausmacht, und auf 1 080 000 für den ermäßigten Zollsatz, was 107 999 900 % des Agio ausmacht. Die Verfügung tritt in den nächsten Tagen in Kraft.

§ **Aenderung der amerikanischen Banknoten.** Der Finanzminister der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat beschlossen, neue Dollarbanknoten herauszugeben und die alten einzuziehen. Binnen 6 Monaten sollen die alten Dollarbanknoten in neue umgetauscht werden; späterer Umtausch wird nicht gestattet sein. Zur Sicherung von Fälschungen wird für die neuen Banknoten ein schwer fälschbares Papier hergestellt werden. Die Unmasse von falschen Dollarbanknoten in Europa macht diese Maßregel notwendig.

Geldwesen.

≡ **Umlaufgeldbedarf in Polen.** Nach Angaben der Postsparkasse (P. K. O.) bedarf Polen eine Umlaufgeldsumme von zirka 200 Millionen Dollar, wenn man ungefähr 7 Dollar pro Kopf der Bevölkerung annimmt. Gegenwärtig sind in Polen polnische Mark im Gesamtwerte von kaum 17 Millionen Dollar im Umlauf.

Von den Märkten.

Von den Märkten. Auf dem Manufakturwarenmarkt war in der vergangenen Woche die Lage wieder ziemlich verworren. Eine Reihe von Lodzer Fabrikanten wollte überhaupt keine Ware abgeben, ähnlich wie manche Großhändler. Andere Fabrikanten wiederum haben ihre Preise erheblich erhöht, wie z. B. Biedermann, andere aber, wie Geyer, ermäßigt. Bei Barzahlungen wird nach wie vor ein beträchtlicher Preisnachlaß gewährt. Die Tuch- und Cordfabrikation in Bielitz und Tomaszow krediert nur unter großen Schwierigkeiten. Eine schwächere Tendenz hatten Garne und Zwirn. Bei geringen Umsätzen ermäßigten sich die Preise um 0,01—0,02 Dollar.

Der Ledermarkt zeigte für inländische Ware einige Belebung, für ausländisches Leder war dagegen keine besondere Nachfrage vorhanden, weshalb auch die Preise nachließen. Cocons fielen von 1,24 auf 1,13 Dollar je Kilogramm. Weiche inländische Leder waren gegen 80 Prozent in bar und 20 Prozent in Wechseln zu erhalten. Waren der Gerberei Buchmann kosten 0,27 Dollar je Pud, aus anderen Gerbereien 0,23 Prozent, aus Radomsk nur 0,22 Dollar. Wenig Nachfrage war für deutsches Leder. Amerikanisches Gemsleder kostete 0,3 bis 0,45 Dollar, französisches ebensoviel. Farbiges Chromleder stellte sich auf 0,4 bis 0,5, schwarzes auf 0,3 bis 0,4 Dollar. Dabei wurden 30—40 Prozent krediert. Der Handel mit Schuhwaren durchlebt wieder eine neue Krisis. Die Umsätze waren schwach.

Auf dem Papierwarenmarkt wartet man noch immer auf Preiserhöhungen. Die Großhandelspreise, die eine Zeitlang niedriger waren als die Fabrikpreise, haben sich diesen allmählich angenähert. Grobes Papier kostete 0,35 Zloty, feines 0,4, Druckpapier 0,4, Papier für Schreibhefte 0,56, besseres 0,92 Zloty je Kilogramm.

Von Gummiwaren verkauften sich am besten Galoschen. Die Einzelhändler hatten sich aus allzu großer Vorsicht nur sehr wenig eingedeckt, so daß jetzt bereits ein Mangel an Gummischuhen zu verzeichnen ist. Da die Hauptverkaufszeit sich aber schon dem Ende nähert, werden voraussichtlich keine neuen Vorräte mehr importiert werden.

Edelmetalle in Warschau. 27. Dezember. (Im freiem Verkehr in 1000 Mkp. für 1 g fein.) Gold 4200 Platin 22 600, Silber 132 Bilon 920, Goldrubel 3700, Silberrubel 2975. — London. 21 Dezember Diskont $3^7/_{16}$. Silber bar $33^3/_8$ — drei Mon. $3\ ^5/_8$. Gold 94.7. — Neuyork, 21. Dezember. Diskont 4%. Inlandssilber $99^5/_8$ ausländisches Silber $65^3/_8$.

Metalle. London. 21. 12. 23. Standardkupfer 61.11.3.— Drei Mon. 62.6.3. Elektrolytkupfer 68.00. Standardzinn 233.2.6 — drei Mon. 236.12.6. Blei bar 32.10 — drei Mon. 30.12.6 — Zink bar 32.13.9 — drei Monate 33. Engl. Antimon 41.15. Quecksilber 9.15.6. — Neuyork. 21. Dezember. (Cts. pro 1 lbs.) Elektrolytkupfer 13.25. Zinn 47,25 Blei 7.62. Zink 6.25. Roheisen (Dollar pro 1 To.) 22.60, Weißblech (Dollar pro 100 lbs.) 5.50.

Altmetalle in Berlin vom 24. Dezember. Mitgeteilt von der Metall- und Rohstoffgesellschaft m. b. H., Berlin. Es wurden notiert in Pfd. Sterl. je engl. To. tiegelrecht verpackt in geschlossenen Quantitäten bei kleineren Posten entsprechender Ab- bzw. Zuschlag: Altkupfer 56—58 Altrotguß 49—51. Messingspäne 33—35 Gußmessing 39—40. Messingabfälle 53—54, Altzink 21—23 neue Zinkabfälle 25—26 Altweichblei 22—23 Aluminium, Blechabfälle 105—115, Lötzinn 85—90.

Börse.

≠ **Warschauer Börse vom 22. 12. 23.** (Markt der nichtnotierten Werte: Pruszków 320, Elektrownia na Sania 230, Kauczuk 175. Lokomotywy 95, Nurat 350, Opatówek 180. Zaydler 460, Sarniańska Huta Szklana 28. Wiór 150, Krafft 1800, Zawodzon 190, Przemysł Terpentynowy w P. 350. Lechita 155.

≠ Die P. K. K. P. zahlte am 22. 12. 23 für **Goldmünzen** (in Klammern **Silbermünzen**) Rubel 3 034 700 (2 030 400). Mark 1 414 400 (560 000). Krone 1 202 900 (470 900) Lat. Münzeinheit 1 145 700 (470 900) Dollar 5 939 000 (2 713 900), Pfd. Sterling 23 894 000. (sh. 5 899 000) Türk. Pfd. 23 048 000 Schwedenkrone 1 591 300. (676 800). Holl. Gulden 2 386 900. (1 035 900) Österr. Dukaten 13 584 000 (fl. 1 253 200) Belg. u. Holl. Dukaten 13 552 000 1 gr. Feingold 3 945 700 (112 800).

≠ **Die polnische Mark am 22. 12. 23. Danzig:** 1,22—1,128 (Parität: 887 700). Auszahlung Warschau 0,997—1,0003 (Parität: 1 000 000) **Wien:** 100—110. (Parität 95.20) Auszahlung Warschau 102—108 (Parität 95.20). **Budapest:** 0,25 0,35 (Parität 3333) **London:** Auszahlung Warschau 0.0 0000 335 (Parität: 2 500 000) **Zürich:** Auszahlung Warschau 0.0 008 G. 0.000012 B. (Parität: 1 250 000 G. 832 500 B.) **Neuyork:** Auszahlung Warschau 0.0000016. (Parität: 6 250 000).

≠ **Zürcher Börse vom 22. Dezember 1923.** (Amtlich). Neuyork 5.74. London 24.94, Paris 29.00, Wien 0.008080, Prag 16.80, Mailand 24.75. Brüssel 25.88, Budapest 0.03, Sofia 4.70, Amsterdam 217, Christiania 85.25, Kopenhagen 102.25, Stockholm 15., Bukarest 2.95 Berlin 1.30, Belgrad 6.50.

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

Bankaktien:	27. Dezember	22. Dezember
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em. exkl. Kup.	—.—	420—450—435
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	450—500	450—470—430
Bank Zjednoczenia I. Em.	150	—.—
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em	800	700—675
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	400	400
Pozn. Bank Ziemian I.—V Em.	190	200—180
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	12	12
Bank Młynarzy	45—50	40
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em.	320	320
R. Barcikowski I.—VI. Em.	130	120—130
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	600—675	500—525
H. Cegielski I.—IX. Em.	195—220	180—180
Centrala Rolników I.—VII. Em.	46—52	50—48
Centrala Skór I.—V. Em.	550—575	550
Cukrownia Zduny I.—III. Em.	—.—	10 000
Fabr. Mebli i Obróbki Drzewa Swarzędz I.—II. Em.	—.—	50
Fabryka Wapna i Cementu Piechcin	—.—	1 900
Dębienko I.—IV. Em.	—.—	—.—
Halwana	45—47,5	45
Garbarnia Szwicki Opalenica I. Em.	100	90—100
Hoplana I.—III. Em	250	250
C. Hartwig I.—VI. Em. ohne Kup.	80—100	85—95
Hartwig Kantorowicz I.—I Em.	—.—	500—600
Hurtownia Drogeryjna I.—III Em.	18	—.—
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em	21	18—19
Hurtownia Skór I.—III. Em.	80	80
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Kup.	1 400-1 300	1 400—1 300
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	—.—	60
Iskra I.—III. Em.	420	400—420
Len w Toruniu ohne Bezugsr.	300	—.—
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	17 500	14 500-17 000 —16 500
Marynin Zakł. ogrodn. w Warszawie	110	8
Dr. Roman May I.—IV. Em.	9 000-8 800	7 750—9 000 —8 600
Młyn Poznański I.—IV. Em.	230—250	80—90
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	300	300
Mlynotwórnia I.—V. Em.	220	200—220
Płótno I.—III. Em.	180—200—190	165—140—150
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	5—160	120—140
Patria I.—VIII. Em.	400—490	400—420
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	200—270	230—240
Pneumatik I.—IV. Em. Ser B o. B.	30—33	35
Sarmatia I.—II. Em.	525	—.—
Syndykat dla Handlu z Zagr. I—III. Em	20	—.—
Starogradzka Fabr. Mebl. I.-II. Em. exkl. Kup.	120	110
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	13	13
Tkanina I.—IV. Em.	100	100
„Unja" (früher Bengki) I. u. III. Em. ohne Kup.	2 000—1 900	1 750—1 900
Waggon Ostrowo I.—IV Em.	—.—	600
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	—.—	2 800—4 000
Wytwórnia Chemiczna I.—IV. Em.	55	40—52,5—50
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	310	305

Tendenz: stark.

≠ Die Goldmark in Polen, errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 27. 12. 23 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) 1 609 500 Mkp.

Warschauer Vorbörse vom 27. Dezember.

Deutsche Mark —. Dollar 6 750 000. Engl. Pfund 26 000 000. Schweizer Franken 1 060 000. Franz. Franken 310 000.